

Die „Weltwoche“ erscheint täglich nachmittags um 6 Uhr abends und ist durch die Expedition, Neue Wochenschrift, Nr. 1206, durch die Post und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Wende zu Wende. Postzeitungsliste Nr. 2170.

Volkswocht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsstelle: Die Expedition, Neue Wochenschrift, Nr. 1206, durch die Post und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Wende zu Wende. Postzeitungsliste Nr. 2170.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 126.

Wittwoch, den 1. Juni 1904.

15. Jahrgang.

Die Entwicklung des Schulwesens in Schlessien.

Die großen Volks- und Gewerbebezahlungen haben uns ein treffendes Bild von dem starken Aufschwunge gegeben, den seit 1870 die physischen und ökonomischen Kräfte unseres Volkes genommen haben. Es darf als selbstverständlich gelten, daß diesem enormen materiellen Anstiege ein nicht weniger intensives Wachsen unserer intellektuellen und moralischen Kräfte zur Seite stehen muß, um das Niveau des nationalen Lebens auf seiner Höhe zu erhalten. Hierbei erscheint als ein wesentlicher Kulturfaktor zunächst das Volksschulwesen; durch die Volksschule geht das Gros der Nation. Von unseren Volksschulen darf man verlangen, daß sie nicht nur mit der Vermehrung der Schülerzahl mechanisch wachsen, sondern stark über dieses Verhältnis hinaus, damit sie immer tüchtiger werden an Qualität, an innerer Kräftigkeit, um ihre ungezählten Ruknter Konkurrenzfähiger zu machen für den „Kampf ums Dasein“.

In dem Jahrzehnt 1896 bis 1901 vermehrte sich die Schülerzahl der schlesischen Volksschulen von 748,046 auf 805,152, also um 62,106, das ist um 8,35 Prozent. Am stärksten war diese Vermehrung in dem Regierungsbezirk Oppeln. In demselben Zeitraum stieg die Zahl der öffentlichen Volksschulen von 4484 auf 4617, also nur unwesentlich. Das bedeutende Schülerplus wurde also im wesentlichen durch Erweiterung der bereits vorhandenen Schulsysteme untergebracht. Von größerem Vergleichswerte ist also die Vermehrung des Lehrpersonals. Die Zahl der Lehrkräfte, Lehrer, und Lehrerinnen, stieg in den fünf Jahren von 10,105 auf 11,427, also um 1822 Köpfe, das sind 12,87 Prozent. Dieser Zuwachs übertrifft den Zuwachs an Schülern (8,35 Prozent) also ganz wesentlich und man müßte auf eine starke Verbesserung der gesamten Schulverhältnisse hieraus schließen können. Denn je mehr Lehrkräfte, desto weniger überfüllte Klassen, desto rationeller der Unterricht, desto individueller die Behandlung der Kinder, desto besser die Erziehungsresultate.

Leider stellt sich das Ergebnis in Wirklichkeit nicht so besonders günstig. Den ungeheuren Schülermassen gegenüber kommt das immerhin nur bescheidene Mehr an Lehrkräften nur wenig zur Geltung. Die Verbesserung kam vornehmlich den Landsschulen zu gute, wo im Durchschnitt noch überaus unbefriedigende Zustände herrschen, und zwar in sämtlichen drei Regierungsbezirken. Auf eine ländliche Lehrkraft kamen im Jahre 1901 noch immer im Bezirk Breslau 75, Liegnitz 76, Oppeln sogar 77 Schüler; 1896 waren es wesentlich mehr: Breslau 83, Liegnitz 81, Oppeln 84 — also immerhin ein bemerkbarer Fortschritt. Was will das aber bei den Forderungen der modernen Pädagogik besagen? 75 Kinder auf eine einzelne Lehrkraft — das ist zweifellos ein pädagogisches Übel, eine Ungeheuerlichkeit, bei der nicht viel Segen herauskommen kann. Wie viel glücklicher liegen in dieser Richtung die Verhältnisse im Schleswig-Holstein, wo nur 52, und im Lüneburgischen, wo nur 53 Schüler auf eine ländliche Lehrkraft entfallen. Hier wird sich der Lehrer weit

gegenüber den einzelnen Schülern widmen können, wie in den überfüllten Klassen mit 75 und mehr Kindern.

Etwas, aber auch nicht gerade viel besser sind die städtischen Schüler daran. Hier kamen 1901 auf die durchschnittliche Lehrkraft im Bezirk Breslau 57, Liegnitz 60, Oppeln 66 Schüler. Diese Zahlen reichen durchweg noch nicht einmal an den Staatsdurchschnitt heran und werden von den ostelbischen Bezirken Gumbinnen, Stralsund, Stettin und Röllin weit übertroffen.

Von normalen Verhältnissen kann natürlich nicht die Rede sein, wenn eine Klasse mit mehr als 50 Schülern angefüllt ist. Selber sind die amtlichen Organe in Preußen bei ihren schulfachlichen Erhebungen absolut anderer Ansicht. Dort gelten immer noch Verhältnisse als normal, so lange in einer Klasse bei einklassigen Schulen nicht mehr als 50, bei mehrklassigen Schulen nicht mehr als 70 Kinder sitzen. Daher ist die nachfolgende Verwendung des amtlichen Begriffs „normale“ Schulverhältnisse nur mit der allergrößten Einschränkung zu verstehen. Auch muß noch weiter berücksichtigt werden, daß man auf künstliche Weise dadurch zu besseren Zahlenverhältnissen kommt, daß man die Zahl der Klassen vermehrt auf Kosten der täglichen Stundenzahl, wie das besonders kraft bei den unglückseligen Halbtagschulen von Amtswegen geschieht. Derartige Klassen mit täglich nur 2- bis 3stündigem Unterricht können selbstredend nicht den Anspruch auf Vollgiltigkeit machen; sie sind nichts weiter als kümmerliche Notbehelfe. Unter Verdrückung dieser Umstände haben die nachfolgenden amtlichen Ziffern eigentlich nur insofern einen brauchbaren Wert, als sie uns von dem Fortschritt während der Jahre 1891, 1896 und 1901 Genaueres erzählen und uns eine Antwort geben auf die Frage: Hat die preussische und speziell die schlesische Unterrichtsverwaltung in diesem Jahrzehnt ihre Schulbildung gegenüber der Volksbildung getan?

Im Jahre 1901 wurden von sämtlichen Volksschülern unter (amtlich) „normalen“ Verhältnissen unterrichtet im

Bezirk Breslau	89,29 Prozent
„ Liegnitz	85,61 „
„ Oppeln	55,58 „

Vergleichsweise setzen wir folgende Ziffern hinzu:

Bezirk Berlin	99,78 Prozent
„ Stralsund	94,14 „
„ Potsdam	93,30 „

Demgegenüber sind die Verhältnisse in den Bezirken Breslau und Liegnitz bedauerlich, im Bezirk Oppeln aber geradezu beschämend. Wenn wir uns stark, aber gerecht ausdrücken wollen, so müssen wir sagen: Um ihre gerechte Ausbildung betrogen werden im Bezirk Breslau 10,71 Prozent, Liegnitz 14,39 Prozent und Oppeln 44,47 Prozent aller Volksschüler — eine bittere Tatsache! Dabei kann man nicht gerade behaupten, daß die letzten 10 Jahre dem Uebel energisch an die Wurzel gegangen sind. Die Verbesserung in dem ganzen langen Jahrzehnt 1891—1901 belief sich in Breslau von 82,56 auf 89,29, in Liegnitz von 81,51 auf 85,61 und in Oppeln von 43,64 auf 55,58! Das ist alles. Noch um einige Prozente sinken diese allgemeinen Ziffern, wenn wir die Stadtschulen ausschneiden. Für diese

ist seitens der bildungsfreudigen Stadtgemeinden, besonders im Bezirk Breslau und noch mehr in Oppeln sehr viel getan worden, wenn auch im letzteren Bezirk noch lange nicht genug. In den Stadtschulen wurden nämlich von sämtlichen Kindern „normal“ unterrichtet:

	1891	1896	1901
Bezirk Breslau	80,84 Proz.	84,65 Proz.	91,42 Proz.
„ Liegnitz	84,22 „	87,38 „	90,57 „
„ Oppeln	45,12 „	50,11 „	66,24 „

An dieser kleinen Tabelle kann man abmessen, wie die Stadtvertretungen in den einzelnen Perioden mehr oder weniger um die Hebung ihres Schulwesens bemüht waren. Wenn wir zum Schluß ein zusammenfassendes Wort aussprechen wollen, so ist es dieses: Die schlesische amtliche Volksschulstatistik beweist, daß die dortigen Volksschulen weder in den Städten, noch auf dem Lande diejenige Pflege finden, welche man im Interesse des einzelnen Individuums, wie im Interesse der Gesamtheit zu fordern berechtigt ist. Besonders im Bezirk Oppeln herrschen Zustände, die man fast für unmöglich halten möchte und die an die dort arbeitende Lehrerschaft übermenschliche Anforderungen stellen. In den industriellen Distrikten Schlesiens vollzieht sich der Erwerbskampf unter weit schwereren Bedingungen wie beispielsweise im Regierungsbezirk Stralsund oder Gumbinnen. Gerade deswegen sollte man die in schlesischen Landen heranwachsende Generation für diesen Kampf weit besser ausrüsten. Ueberhaupt ist im schlesischen Volke die richtige Wertschätzung einer tüchtigen Schulbildung nicht so ausgebreitet wie anderwärts. Ergibt sich das schon aus den vorhandenen Volksschulzuständen, so kann man es weiter auch aus der Teilnahme für das höhere Schulwesen schließen. Auf je 10,000 Einwohner kamen Schüler auf höheren Lehranstalten im Schuljahre 1902/03:

in Schlessien	48
„ Pommern	50
„ Schleswig-Holstein	60
„ Hessen-Nassau	77
„ Berlin	117

Auch daß in Schlessien die humanistischen Gymnasien weit mehr besucht werden wie die mehr für das praktische Leben vorbereitenden realistischen Schulen, ist kennzeichnend. Auf je 28 Schüler in humanistischen Gymnasien kamen nur 15 in realistischen Anstalten. In Hessen-Nassau ist es gerade umgekehrt = 29 : 48!

Möge nicht nur im Volke immer mehr das Interesse für das Schulwesen wachsen, sondern mögen auch die königlichen und städtischen Schulverwaltungen, vor allem aber die ländlichen Gemeindevorstände das Ihrige dazu beitragen, daß das gottgesegnete reiche Schlessien in der Schulstatistik nicht hinten an marschieren, sondern mit in den vordersten Reihen unter den preussischen Provinzen.):(

Japan und Rußland.

Nach dem Siege von Rintschan. Es stellt sich heraus, daß an der mörderischen Schlacht um den Maschahügel bei Rintschan drei japanische

Mein Onkel Benjamin.

Sozialroman von Claude Lillies. Deutsch von S. Denhardt.

„Dranken schlägt der Schnee an das Gitter beines Fensters: du aber lässest den hellen Dampf deiner Zigarre gegen die Decke wehen, du träumst, du denkst nach, du baust dir Luftschlößer oder machst Verse; neben dir liegt deine Zeitung, dieser Freund, den man verläßt, dessen man sich wieder erinnert und von dem man für immer Abschied nimmt, sobald er zu langweilig wird. Was in aller Welt, sage selber, gleichst du hier bei einer Strafe? Hast du nicht in gleicher Weise bei dir zu Hause Stunden, Tage, ja ganze Wochen zugebracht, ohne je auszugehen? Was tut mittlerweile der Richter, der die Barbarei hinaus, dich zu einer so schweren Strafe zu verurteilen? Vor Frost zitternd, hält er von elf Uhr Morgens Termine ab und hört das Gepolter eines Advokaten an, das derselbe täglich wiederholt. Währenddessen quält ihn ein heftiger Augenentzündung über seine erkorenen Behen tun ihm bitterlich weh. Du wendest ein, du wärest nicht frei! . . . Im Gegenteil, du bist hundertmal freier als in deinem Hause: dein ganzer Tag gehört dir, du stehst auf, du legst dich nieder, sobald es dir gefällt; du tust, was dir gut dünkt, und du brauchst dich nicht mehr rasieren zu lassen.“

Sieh dir zum Beispiel Benjamin an, der hier Gefangener ist. Willst du dir ein Bunteint hatte ihm einen so schlechten Streich gespielt, als er ihn hier einsperren ließ? Er mußte oft aufstehen, ehe noch die Strafenlaternen ausgezündet waren. Er lief, die Strümpfe verkehrt angezogen, von Tür zu Tür, ließ sich von dem Einem die Hand reichen und befühlte dem Anderen den Puls. War er auf der einen Seite zu Ende, so fing er auf der anderen von vorne an. Er besuchte sich auf den Kreuz- und Querbahnen bis an den Hof heran, und sein Bauer konnte ihn meistens nur geronnene Milch und Schwarzbrot vorsetzen. War er erschöpft wieder zu Hause, hatte er sein warmes Bett wieder aufgesucht, begann er die Schüßigkeit des ersten Schlafes zu empfinden, so wachte man ihn ungestüm, um dem Herrn Bürgermeister, der infolge einer Unverdaulichkeit zu erkranken besuchte, oder der Frau Bürgermeisterin, die eine Fehlgeburt gehabt, zu Hilfe zu eilen.

Jetzt ist er von all diesen Blacereien befreit. Es geht ihm hier wie der Ratte im holländischen Käse. Bunteint hat ihm eine kleine Menge aussetzen lassen, die er als Philosoph verzehrt. Es geht ihm ähnlich, wie es im Evangelium heißt, er läßt nicht Ader und verachtet keine Purgiermittel, und ist doch wohl genädigt, er flücht und

nicht nicht zusammen, und ist doch in aller Gerechtigkeit in einen roten Rock gekleidet. Wir sind in Wahrheit Narren, wenn wir ihn belügen, und offenbare Feinde seines Wohlergehens, wenn wir ihn von hier freizumachen suchen.“

„Es geht einem hier gut, mag es sein“, erwiderte mein Onkel, „aber mir wäre es lieber, es erginge mir anderswo schlecht. Das will mich jedoch nicht ab, Porges Anseinerderung vollständig beizustimmen, nicht allem, daß das Gefängnis für den Reichen zu milde ist, sondern auch für jedermann. Wenn man einen Unglücklichen gepöbel, so ist es unfaire hart, nach dem Gesetze zu sagen: „Schlage stärker an, du kannst ihm nicht wehe genug tun“; aber man muß sich auch vor dieser unverständigen und kurzfristigen Philanthropie hüten, die nichts über den Unglücklichen hinaus sieht.“

Wahre Philosophen, wie Guillerand, wie Millot-Ratant, wie Parlanta, kurz, wie wir alle sind, dürfen die Menschen nur in Masse ins Auge fassen, gerade wie man ein Getreidefeld ins Auge faßt. Eine soziale Frage darf immer nur vom Standpunkte des Staatsinteresses aus geprüft werden. Du hast dich durch eine schöne Waffentat ausgezeichnet, und der König schmückt dich mit dem Rudwigskreuze. Während du, daß Seine Majestät aus Wohlwollen gegen dich und im Interesse dieses individuellen Ruhmes dir gestattet, sein königliches Bild auf deiner Brust zu tragen? Ach nein, mein tapferer Krieger: es liegt in deinem Interesse und dann in dem des Staates. Es geschieht, damit diejenigen, die gleich dir warmes Blut in ihren Adern haben, deinem Beispiele folgen, sobald sie dich so großmütig belohnt sehen.“

Jetzt ein anderes Bild! Anstatt einer rühmlichen Tat hast du ein Verbrechen begangen; es handelt sich nicht mehr um drei oder vier Menschen, die sich durch ihren Rodtragen von dir unterscheiden; nein, es ist ein guter Bürger deines Landes, den du getötet hast. Der Richter hat dich zum Tode verurteilt und der König deine Verurteilung abgelehnt. Es bleibt dir jetzt nichts mehr übrig, als deine Generalbeichte abzulegen und dein Klagelied anzustimmen. Welche Genugtuung hat denn nur dem Richter den Urteilsspruch über dich eingegeben? Hat er die Welt von dir befreit wollen, wie man einen toten Hund tötet, oder dich strafen wollen, wie man ein unartiges Kind züchtigt? Hätte er dich bloß von der Gesellschaft absondern wollen, so würde er dem Zwecke ein sehr steifes Gefängnis mit sehr dichten Türen und einem Gitter vor jedem Fenster genügen. Sodann verurteilt der Richter oft einen Menschen zum Tode, der einen Selbstmord zu begehen verurteilt hat, und einen Unglücklichen, von dem er weiß, daß ihm das Gefängnis ein zeitlicher Zufluchtsort sein wird, zum Gefängnis. Legt er also diesen beiden Schelmen gerade das, was sie verdienen, zur Strafe auf? Soll der Tod dem, welchem das Leben zur Last ist, und das Gefängnis dem, welchem es an Brot und Unterkommen fehlt, eine Strafe sein? Der Richter hat nur einen Zweck im

Auge: er will diejenigen, die sich durch dein Beispiel zur Nachahmung verurteilt fühlen könnten, abschrecken.“

„Voll, hätte dich vor einem Morde“, das ist die Bedeutung des über dich gefällten Urteils. Könntest du an deiner Stelle einen Hampelmann, der dir ähnlich wäre, unter das Rad legen, so wäre das dem Richter ganz gleichgültig; könnte er dich sogar, sobald die der Denker den Kopf abgeschlagen und ihn dem Volke gezeigt hat, wieder lebendig machen, so bin ich überzeugt, daß er es gern täte; denn bei dem allen ist der Richter doch ein guter Mensch und möchte nicht, daß seine Rädin ein Subj unter seinen Augen töte.“

Man ruft sehr laut, und du selber stimmst mit ein, es wäre besser, zehn Schuldige freizusprechen, als einen Unschuldigen zu verurteilen. Das ist die klügliche Albernheit, welche die moderne Philanthropie ausgebrochen hat; sie ist ein antisoziales Prinzip. Ich für meine Person behaupte, es ist besser zehn Unschuldige zu verurteilen, als auch nur einen einzigen Schuldigen freizusprechen.“

Bei diesen Worten riefen alle Gäste Jeter über meinen Onkel. „Nein, meiner Tren, ich scherze nicht“, erklärte mein Onkel, „und es handelt sich hier um keinen Segensstand, über den man lachen könnte. Ich spreche hier eine feste, unerschütterliche und schon längst gewonnene Ueberzeugung aus. Die ganze Stadt bemitleidet das Los eines Unschuldigen Hingetrichten; die Zeitungen hallen von Klagegeschrei wieder und die Dichter wählen ihn zum Märtyrer ihrer Trauerpiele.“

Aber wie viele Unschuldige kommen in den Klaffen, auf den Landstraßen, in den Bezirken und selbst in den Werkstätten um, gerammt unter dem gefährigen Zahne der Maschinen, dieser gigantischen Tiere, die einen Menschen ohne sein Wissen werden und ihn unter seinen Augen vernichten, ohne daß du ihm Hilfe bringen könntest. Gleichwohl entlockt dir ihr Tod kaum einen Schreckensausdruck, du gehst vorüber und einige Schritte weiter denkst du nicht mehr daran; du denkst nicht einmal daran, beim Essen mit deiner Frau davon zu sprechen. Am folgenden Tage vercharzt ihn die Zeitung in einem Winkel ihres Blattes; sie bevrent ihn mit einigen Zeilen plumper Prosa, und alles ist zu Ende!

Weshalb diese Gleichgültigkeit gegen den Einen und diese Ueberfälle von Mitleid mit dem Anderen? Weshalb bei dem Tode des Einen mit einer Schelle, bei dem Tode des Anderen mit der großen Glocke läuten? Ist denn ein Richter, der sich erst, ein schrecklicherer Unfall, als ein Elwaagen, der umstürzt, oder eine Maschin, die in Unordnung gerät? Bilden die in meinem Sinne Unschuldigen in der Gesellschaft nicht eine eben so große Masse wie die Reichen? Lassen sie nicht ebenso wie die Reichen ein Weib als Witwe und Kinder als Waisen zurück? (Fortsetzung folgt.)

Divisionen teilnahmen, denen nur eine russische Division gegenüberstand. Der Widerstand der Russen war ein verzweifelter, und es ist fraglich, ob der Sieg den Japanern geblieben wäre, wenn die Russen mehr Streitkräfte zur Verfügung gehabt hätten.

Inmerhin ist der moralische Eindruck des neuen japanischen Erfolges ungeheuer. Die Russen bereiten alles vor, sich weiteren Niederlagen zu entziehen. Da die Armee des Generals Oku nun zweifellos auf Port Arthur vorrücken wird, so haben die Russen in Dalny, einer Stadt, die Port Arthur vorgelegen ist, sich entschlossen, die Stadt zu räumen und nach Port Arthur hinter die Festungswälle zu flüchten. Darüber wird über Tokio gemeldet:

Die Russen räumen Dalny

Nachdem aber Kopf, nachdem sie den Versuch gemacht hatten, die Stadt zu verteidigen. Japanische Patrouillen brachen, daß mehr als 100 Gebäude, Kasernen, Depots und Eisenbahnstationen zerstört wurden. 200 Eisenbahnwagen wurden unbeschädigt aufgefunden. Die Russen gestrichelten den großen Kanal, speisten die Einfahrt zum Hafen mit verankerten Dampfern. Die Anlegebrücken blieben nicht.

Die Japaner in Dalny.

Inzwischen hat die Besetzung Dalnys durch die Japaner stattgefunden.

General Oku meldet, daß über hundert Geschütze, sowie die Kasernen, das Telegraphenamt und der Bahnhofs unbeschädigt angetroffen wurden. Über zweihundert Eisenbahnwagen sind noch verwendbar, hingegen sind alle Eisenbahnbrücken in der Nachbarschaft zerstört. Die Docks und Molen sind unbeschädigt, bis auf den großen Pier, der zerstört worden ist. Am Ausgange der Docks waren kleine Dampfboote versenkt.

Vorbereitungen zur Belagerung.

Aus Tokio wird gemeldet: Zur Verstärkung der Artillerie sind wenig schwere Geschütze nach der Mündung Halbinsel gebracht worden. Der Fall von Tallenwan und Dalny ist bereits erfolgt. In militärischen Kreisen rechnet man damit, daß der Fall von Port Arthur die Japaner 10,000 Mann (?) kosten wird. Ueber die neuen, von den Russen erbauten Forts sind die Japaner in genauer Kenntnis.

Beim Landstücken.

Montag früh landete Admiral Togo vier Kanonenboote, zwei Torpedobootschanzler und zwei Torpedoboots nach Port Arthur, die dort unter dem beständigen Feuer der Strandbatterien sorgfältige Revisionsarbeiten vornahmen und feststellten, daß die Russen auf einem der beiden neuen Forts am Nördlichen Vorgebirge eine neue Schanzwerkstellung eingerichtet. Das Kanonenboot Nr. 3 wurde von einem feindlichen Geschöß getroffen, wobei ein Unteroffizier getötet und drei Mann verwundet wurden. Ein Geschöß wurde beschädigt. Die übrigen Kanonenboote blieben unbeschädigt.

Die Befestigungen von Port Arthur.

Kapitän Jakowlew, der Kommandeur des untergegangenen Panzerschiffes „Petropawlowsk“, der bei der Katastrophe gerettet wurde und nach Petersburg zurückgekehrt ist, ist dort über die Chancen des japanischen Angriffs auf die Festung interviewt worden. Jakowlew ist natürlich der Ansicht, daß der Kern der Festung unannehmbar sei.

Wie aus Petersburg berichtet wird, erklärte der Kapitän, daß mindestens 150,000 Mann, die zudem über eine vorzügliche Artillerie verfügen müßten, für den Versuch einer Eroberung von Port Arthur notwendig wären. Auf eine Frage nach der Stärke der russischen Besatzung Port Arthurs erwiderte er, sie sei weit stärker als die telegraphischen Berichte gemeldet haben. Sie betrage weit über 25,000 Mann. Kapitän Jakowlew verneint es aber, eine genaue Zahl anzugeben. Auch darüber sagte er nichts, wie hoch die Zahl der Verteidiger sein würde, wenn die Verteidiger von Rintschon noch zum Schutz der Festung eingerückt wären. Er schilderte dann eingehend die Schwierigkeiten einer Annäherung an Port Arthur, nachdem die Außenlinie der Festungswälle erreicht wäre. Es sei eine große Zahl detachierter Positionen, welche genommen werden müßten, bevor der innere Ring der Verteidigung erreicht sei, und diese zu nehmen, würde für jedes einzelne eine besondere Schlacht geschlagen werden müssen und dann auch würde die Halbinsel unberührt bleiben, da sie seiner Meinung nach unannehmbar sei. Sehr viel hänge natürlich aber von der Mündigkeit der beiderseitigen Artillerie ab. Die russischen Geschütze dürften nicht beurteilt werden nach den Resultaten des Geschützes am Jalu, da dort die Russen nur über leichte Artillerie verfügten, gegenüber den schweren Belagerungsgeschützen, welche die Japaner nach der Mandchurie gebracht hatten. Port Arthur hat zahlreiche mächtige Geschütze an der Landseite aufgestellt, und die Küstenbatterien seien so vorzüglich, daß die Japaner niemals wagen würden, mit ihren Schiffen in den Bereich dieser Batterien zu kommen.

Schließlich erklärte Jakowlew, daß Port Arthur für ein Jahr ausreichend mit Nahrungsmitteln versehen sei, und sagte, daß, als er Port Arthur verließ, alle russischen Kriegsschiffe repariert waren, mit Ausnahme des „Retowisan“ und des „Jezarewitsch“. — Sehr viel Glauben dürfte diese Darstellung außerhalb Russlands kaum finden.

Wie lange kann sich Port Arthur halten?

Diese Frage wird jetzt überall eifrig erörtert. Eine zuverlässige Antwort wird erst der Verlauf der Verteidigung bieten, denn wir wissen, abgesehen von der Verproviantierung der Stadt, von der Art, Stärke, Artillerie der Landbefestigungen so viel wie nichts — ausgenommen, daß man die Zahl der Landforts mit drei angibt, wozu noch neun kleinere Werke kommen. Wert schließt sich an Wert in Abständen von 400 bis zu 1500 Metern an. Hierbei ist zu bemerken, daß nur die Nordseite der Festung vom Lande her überhaupt angegriffen werden kann, daß aber einzelne der Landforts auch von der See aus beschossen werden können; an diesen Punkten wird die gemeinsame Aktion der japanischen Armee und der Flotte einlezen. All dies gibt jedoch keine brauchbare Grundlage zu einem Urteil über die Widerstandskraft der Festung ab. Denn angenommen die Beschaffenheit der Forts selbst, handelt es sich darum, ob die belagerte Garnison in schmerzlichen Mangelzeiten untergebracht werden kann (der Hafen zum Beispiel ist an keiner Stelle schiffbar), wie die Forts geschützt sind und so fort. Wäre freilich ein sofortiger Entsatz möglich, so läme dies alles weniger in Frage. Und eine Partisane-Depesche erzählt denn auch, General Kuropatkin eile mit seinem Heere zur Rettung Port Arthurs herbei, sei bereits sechzig Kilometer, also bloß zwei Tagesmärsche, von Rintschon entfernt. Die Nachricht ist durchaus unwahrscheinlich, denn abgesehen davon, daß nach einer anderen Meldung der General Keller, der angeblich die Forts des Entsatzes kommandieren soll, zwischen Fingonantien und Liaojung mit 20,000 Mann stehen und sich auf eine hartnäckige Verteidigung vorbereiten soll: ein solcher Vorstoß der Armeen Kuropatkins an der ersten japanischen Armee und den in Tschang gelandeten Japanern wäre das gefährlichste Unternehmen, das dem Kaiserreich beim gemeinsamen russischen Vorgehen auf der Mündung Halbinsel ein Scheitern vorbereiten würde.

Keinere Nachrichten.

Eine koranische Bark ist im Golf von Assiri auf eine Mine geraten und in die Luft geflogen. Der Kranz

„Wogath“ ist nach großen Anstrengungen wieder hergestellt worden. Er hat schwere Schäden erlitten, wird aber bald wieder repariert sein. Die Bürger stießen! Aus Charbin und angeblich auch aus Mufden ergibt sich die russische Bevölkerung, namentlich Frauen und Kinder, nach dem Westen, da man große Kämpfe für drohend sieht. Der chinesische Gouverneur von Mufden erteilte den japanischen Geschützabern angeblich die Vollmacht, Chinesen hinrichten, ohne Rücksicht auf die höhere Instanz aus Mufden abzuwarten. 60 Chinesen stehen vor der Exekution (??) Die Russen verdrängen eine ihrer Kanonenboote, welches sie während des Kampfes um Nantchan von Tallenwan aus gegen die Linse Kanäle der Japaner benutzten. Der Name des Schiffes ist unbekannt. Es dürfte „Dobr“ gewesen sein.

Politische Uebersicht.

Die Behandlung der geistig Minderwertigen im Strafvollzug. Man lese folgendes:

Man muß sich die Frage vorlegen: Leben wir eigentlich in einer vernünftigen Welt? Nach Tausenden und Aber-tausenden zählen die Menschen, mit denen heute von den geistlich-sittlichen Organen ein grausames Spiel getrieben wird. Diese Unglücklichen sind mit einem geistigen Defekt behaftet, lebens-unfähig, dem heutigen Kampfe ums Dasein nicht gewachsen. So wie irgend einem Krüppel ein Fuß, eine Hand fehlt, so ist bei ihnen irgend ein Teil des Gehirns verdröhelt oder verkrüppelt. Man werden sie abwechselnd von der Armenverwaltung der Polizei, von der Polizei der Armenverwaltung, von der Armenverwaltung, hin- und hergeschickt, bis sie im Gefängnis oder im Spital für einige Zeit landen. Dann freut sich die Armenverwaltung, daß sie die Last für einige Zeit los hat. Wie ist ein Fall bekannt, wo ein Landbürgermeister einem solchen Unglücklichen den Rat gab: So sieh dich doch, Du Lump, daß wir Dich endlich einmal los werden! Wie die Dämme heult und jagt man diese Menschen heute von einer Türe zur anderen, und dann nurnert man sich, wie sie manchmal wie die Hunde um sich heulen. Welchem schändlichen Verbrechen ein Ende zu machen, diesen Tausenden Unglücklichen Ruhe und Frieden zu verschaffen, dient die gesetzgeberische Reform, die wir anstreben.

Also lautete ein Passus, nicht aus der Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten respektive eines oppositionellen Blattes, sondern der Geheime Oberregierungsrat Dr. Krohn aus Berlin wandte sich in so geharnischten Worten gegen die unglücklichen Mißstände unseres heutigen Strafvollzugs. Also ein hoher Beamter des preussischen Staates. Wie denn überhaupt die Landesversammlung der internationalen kriminalistischen Vereinigung in Stuttgart in striktem Gegensatz zur deutschen Volksvertretung steht, die gelegentlich der Verhandlungen über die Mißstände im Strafvollzug eine so bezauberliche Laubheit offenbart. Wie schlimm muß es auf diesem Gebiet stehen, wenn ein hoher preussischer Beamter sich zu so rabulcair Kritik versteigt.

Die Arbeit unserer Diplomaten ist furchtbar schwer.

Gar, wenn es sich um die Vorbereitung von Handelsverträgen handelt, ist diese Tätigkeit nicht zu unterschätzen. Man lese die folgende offiziöse Notiz:

An der ersten Sitzung der mündlichen Beratungen über die Erneuerung des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn nahmen die von der österreichisch-ungarischen Regierung entsandten, in Berlin eingetroffenen Herren mit den deutschen Delegierten teil. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr von Rittschon, hielt die österreichisch-ungarischen Herren mit einer Ansprache willkommen, worauf der Botschafter von Sögyeny-Marich, Sekretär des Freiherrn von Rittschon und Ministerialrat von Dico erwiderten. Die nächste Sitzung findet Dienstag Nachmittag drei Uhr statt.

Das ist doch sicher ein hübsches Stück Arbeit, das die Herren in einer einzigen Sitzung geleistet haben! Wenn so weiter „gearbeitet“ wird, dürften die Beratungen schon im nächsten Jahre zu Ende sein!

Die schlesische Hochwasserhochlage beschäftigt am Dienstag die Kanalkommission des Abgeordnetenhauses.

§ 1 sieht vor, daß der Oberpräsident von Schlesien den Plan zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse der Ober- von der österreichischen Grenze bis zum Eintritt in die Provinz Pommern aufzustellen hat. — Abgeordneter Wagner (freisinnl.) beantragte ein Amendement, nach welchem die Mitwirkung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und die öffentliche Anlegung des Planes vorgeschrieben wird. — Von konservativer Seite wird beantragt, zu sagen: „nach Benehmen mit dem Oberpräsidenten von Brandenburg“ statt „unter Mitwirkung“. — Von seiten der Regierung wurde der Antrag betreffend die öffentliche Anlegung des Planes bekämpft unter dem Hinweis, daß daraus unliebsame Verhandlungen entsänden. Verschiedene Redner betonten, daß der schlesische Provinzialtag eine öffentliche Anlegung des Planes im Interesse der Beteiligten für erforderlich halte. — § 1 wurde hierauf mit dem durch den konservativen Antrag modifizierten Amendement Wagner angenommen. § 2 wurde auf Antrag Armin in folgender Fassung mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen: Zur gütlichlichen Mitwirkung bei Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse der Ober- wird am Amtsitze des Oberpräsidenten von Schlesien ein Ober-Stromausfluß gebildet, bestehend aus dem Oberpräsidenten von Schlesien als Vorsitzendem, dem Oberpräsidenten von Brandenburg, dem Ober-Strombauinspektor, je einem von den Oberpräsidenten von Schlesien und Brandenburg zu bestimmenden Meliorationsbaubeamten, den Landesbauinspektoren von Schlesien und Brandenburg, sowie vier vom Provinzialausfluß von Schlesien und drei vom Provinzialausfluß von Brandenburg zu wählenden Mitgliedern. Bei der Beschlußfassung steht dem Vorsitzenden, dem Oberpräsidenten von Brandenburg, den Landesbauinspektoren sowie den von den Provinzialausfluß gewählten Mitgliedern je eine Stimme zu, die übrigen Mitglieder haben beratende Stimme. §§ 3 und 4 wurden ohne Diskussion angenommen, desgleichen ohne wesentliche Diskussion die §§ 5 und 6.

„Den Reich auch noch Diktator?“ In Mainz (Westfalen) wurde eine sozialdemokratische Versammlung aufgeführt, weil der Reichstag in seinem Vortrage über das Reichstagswahlrecht die angebliche Knechtung des Kaisers zitierte: „Was den Reich auch noch Diktator?“

Hierzu sagt folgende Mitteilung aus München vortrefflich: In Landtage erklärte der Finanzminister Niebel, daß die bayerische Regierung prinzipiell nicht gegen die Gewährung von Diktator an Reichstagsabgeordnete sei. Sie stehe im Gegenteil der Diktatorfrage sehr freundlich gegenüber und wünsche, daß ein Robus zur Gewährung gefunden werde; sie denke dabei nicht an eine Änderung des Wahlrechts. Gerade für die südbayerischen Abgeordneten sei die Gewährung von größerer Wichtigkeit als für andere.

Wittener Justiz. Das Oberlandesgericht in Reg. berurteilte einen Anwalt des 17. Regiments in Würzburg wegen Angriffs auf einen Vorgesetzten unter Mißbrauch der Waffe zu 3 Jahren Gefängnis. — Unterer Leiter werden bei diesem Urteil unwillkürlich an manche milde Richterprache denken müssen, die von Wittenergerichten gegen maffenschwingende Vorgesetzte gefällt worden sind.

Ein Helfer auf der Anlagendank. In Mühltröck im Vogtlande lag sieben Monate lang der österreichische Parteigenosse Josef Frankl danieder. Als er sich endlich erholte, wurde er öffentliche Unterstützung nachsuchen, wurde er — ausgesetzt. Bei der Malteier in Mühltröck erinnerte sich ein Arbeiter des kranken, ausgeleiteten Genossen und des Glanz seiner kranken Familie und er veranstaltete eine Sammlung in seinen Kreisen unter den Freunden des Ausgewiesenen. Obwohl diese nur 220 Mk. ergab, wurde dem Genannten hinterbracht, daß eine unerlaubte Geldsammlung veranstaltet worden war. Auf dessen Anzeig hin ist ein Strafverfahren gegen den Geldsammler eingeleitet worden. Man weiß den kranken Arbeiter aus und vergißt so sein Glanz, den Helfer schleppt man auf die Anlagendank und der Staat ist wieder einmal gerettet.

Die Stichwahl in Straßburg-Land. Der „Frankf. Bl.“ wird aus Straßburg gemeldet: Das sozialistische Wahlkomitee für den Wahlkreis Straßburg-Land fordert seine Wahlmännern in einer öffentlichen Erklärung auf, bei der am 2. Juni stattfindenden Stichwahl zwischen dem Demokraten Blumenthal und dem Liberalen Pauli für Blumenthal zu stimmen. Die Wahl Blumenthals darf nun als gesichert angesehen werden.

Ausland.

Ein Manifest der spanischen Unterdrückten. Seit dem von der Reaktion ungeheuer aufgeschaukelten letzten „Attentat“ haben die spanischen Arbeiter, vor allem aber ihre Presse, keine ruhige Stunde mehr. Daher wendet sich Federico Urciales im Namen der Redaktion von „Tierra y Libertad“ („Land und Freiheit“) „An die Gerechtigsten der ganzen Welt“ mit folgendem Aufruf: „Genossen! Seit dem Attentat in Barcelona auf das Leben des Ministerpräsidenten, hat man die revolutionäre Presse Spaniens verhindert, von den grausamen Mordern zu sprechen, die gegen die Pazern von Alcalá del Valle auszuüben worden sind. Daher ist es uns völlig unmöglich gemacht, aber die spanische Inquisition zu berichten, und wir bitten die ehren Menschen der ganzen Welt, wenigstens außerhalb Spaniens den Feldzug der Gerechtigkeit zu unterstützen, den wir nicht führen können und mit dessen Hilfe so viel unschuldige, der spanischen Priesterschaft geweihte Opfern den entsetzlichen Kerker unseres Landes entzogen werden könnten. Priester, Fremde, Genossen, helft uns! Internationale Verbindung zur Erlangung der Gerechtigkeit gegen die Tyrannen der Erde!“

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz in Baden. Am Sonntag fand in Karlsruhe eine Konferenz sozialdemokratischer Mitglieder der Gemeindeverwaltungen statt, die zweite, die überhaupt in Baden abgehalten wird. Besucht war die Konferenz von 180 Vertretern, welche sich auf 40 Orte verteilten. Außerdem waren anwesend als Gäste eine Reihe sozialdemokratischer Stadtdemokraten, Stadträte und Bürgermeister. In Baden ist die Sozialdemokratie überhaupt in den Gemeindeverwaltungen von 62 Orten vertreten. Bei den mehr als 1500 habituellen Gemeinden ist das ein sehr ungünstiges Verhältnis. Im Gegensatz dazu aber steht die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter; es wurden gewählt von der 1. Steuerklasse 18, von der 2. Klasse 90 und von der 3. Klasse, den sogenannten Niederklassen, 776 sozialdemokratische Vertreter. Dazu kommen noch 28 Gemeinde- und Stadträte und 8 Landbürgermeister.

Die Konferenz wurde eingeleitet mit einem Vortrag des Genossen Stadtrat Dreesbach-Mannheim über die Rechte der Gemeindevertreter und die Hauptaufgaben der sozialdemokratischen Vertreter. Redner würdigte zunächst die bestehenden Gemeindeverträge und kam zu dem Schluß, daß diese total veraltet und in vieler Hinsicht reaktionär seien. Hier müsse auf die Landesgesetzgebung eingewirkt werden, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Gemeindeglieder eingeführt werde, daß Stadträte und Bürgermeister aus ihrer Pfründe herausgehoben und zum maßgebenden Faktor in der Gemeinde würden. Gegenwärtig haben diese Vertreter der Gemeindeglieder keine Initiative, sie haben nur ein, noch nicht einmal völlig freies Bewilligungsrecht. Das Schwergewicht liegt im Stadt- oder Gemeinderat. Da aber diese Ratler nur Ehrenämter sind, gelingt es den Bürgermeistern nicht selten, außerordentlichem Einfluß auszuüben. Darum müsse auch die Anstellung besoldeter Stadträte verlangt werden.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft und manche Frage von Bedeutung wurde berührt. Es wurden eine Reihe Beschlüsse gefaßt, deren wichtigste dahin gehen: 1. die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu verpflichten, in ihren Gemeindeverwaltungen Petitionen an den Landtag um Abänderung der Gemeindeordnung zu veranlassen; 2. die Gemeindevertreter zu verpflichten, daß sie in allen Gemeinden hinwirken auf Beiziehung der Frauen als gleichberechtigte Faktoren bei der Gemeindeverwaltung, zunächst wenigstens bei der Schul- und Armenverwaltung; 3. die sozialdemokratische Landtagsfraktion zu beauftragen, im Landtage auf eine umfassende Schulreform im Sinne der unentgeltlichen Einheitschule hinzuwirken und 4. eine Zentralkasse für die Sammlung sozialdemokratischer Anträge usw. aus den Gemeindevertretungen zu bilden.

Damit schloß die Konferenz nach stündlicher Tagung.

Von einem tragischen Geschehnis ist die Familie des Genossen May in Solingen betroffen worden. Genosse May verlobt zur Zeit im Gefängnis zu Eberfeld eine gegen ihn als Redakteur der Solinger „Arbeiterstimme“ erkannte Strafe von 2 Monaten. Am Sonnabend hatte er wieder als Angeklagter vor der Eberfelder Strafkammer zu erscheinen und wurde wegen Verleumdung eines Schutzmannes zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Seine Frau war von Solingen nach Eberfeld gekommen, um ihren Mann aus dem Gefängnis sehen und sprechen zu können. Die Kinder hatte sie für diese Zeit in fremde Obhut gegeben. Während nun gegen unseren Genossen verhandelt wurde, wurde in Solingen sein dreijähriges Söhnchen vom Weggerwanen überfahren und auf der Stelle getötet. Als Genosse May die Trauerbotschaft erhielt, wurde er sofort aus der Haft beurlaubt, so daß er fast zu gleicher Zeit wie seine Frau an der Bahre seines Lieblinges eintreffen konnte.

Arbeiterbewegung.

Tarifvertrag im Berliner Bäckergewerbe? Unter dem Vorsitz des Gewerichters Dr. v. Schulz fanden Montag Nachmittag vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts die in voriger Woche beschlossenen Einigungs-Verhandlungen zwischen den der Innung nicht angehörenden Bäckereimestern und den Vertretern des Bäckergesellen-Verbandes statt. Nach eingehender Verhandlung wurden folgende Vorschläge angenommen, über deren Annahme oder Nichtannahme beide Teile bis Donnerstag dem Einigungsamt Mitteilung machen müssen:

1. Als Minimallohn für die Woche werden gezahlt in Betrieben von 1 und 2 Gesellen 21 Mk., 3-7 Gesellen 23 Mk., 8 und mehr Gesellen 25 Mk. — Kost und Wohnung dürfen vom Arbeitgeber als Teil des Arbeitsverdienstes nicht mehr gezahlt werden. Ausnahmen in letzterer Beziehung können, falls die wirtschaftlichen Verhältnisse solches zweckmäßig erscheinen lassen, bis 1. Oktober d. J. zugelassen werden.
2. Gesetzlich zulässige Ueberstunden sind mit 60 Pfg. pro Stunde zu vergüten. Darunter sind die über 84 Stunden pro Woche geleisteten Ueberstunden mit einzuberechnen.
3. Die Lohnzahlung hat wöchentlich zu erfolgen.
4. An den drei hohen Festen (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) ist jedem Gesellen eine Freinacht ohne Lohnabzug zu gewähren.
5. Es soll ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet werden.
6. Es wird eine Schlichtungs-Kommission gebildet aus zehn Arbeitgebern und zehn Arbeitnehmern unter Vorsitz eines Unparteiischen.

7. Vorstehender Vertrag gilt bis zum 1. Oktober 1906 und läuft immer ein Jahr weiter, wenn er nicht 3 Monate vor Ablauf von einer der beiden Parteien gekündigt wird.

8. Für den Fall, daß zwischen den Innungen und dem Verband der Bäderhilfen ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, welcher günstigere Bedingungen für beide Parteien enthält, soll dieser Vertrag an Stelle des heute geschlossenen treten.

Verbandsvorsitzender Altmann-Hamburg erklärte, wenn auch manches von den Forderungen der Gehilfen abgestrichen sei, wolle er doch bei seinen Auftraggebern für unveränderte Annahme vorstehenden Tarifvertrags wirken. — Die Bädermeister machen sich über ihr Verhalten in einer Versammlung am Mittwoch schlüssig.

Die Innungen haben anscheinend die Erklärung abgegeben, daß sie nur mit den Gefellenausschüssen verhandeln wollen. In einem Rundschreiben, das sämtlichen Bädermeistern zugegangen ist, wird vor dem Abschluß eines Tarifvertrages vor dem Einigungsamt gewarnt.

Der Verband der Lederarbeiter hatte am Schlusse des vergangenen Jahres 4711 Mitglieder gegen 4387 im Vorjahre. Die Gesamtsumme betrug 80,192 Mark, die Gesamtausgabe 60,692 Mark. Das Vereindermögen in der Hauptkasse und in den Hilfsstellen belief sich auf 63,000 Mk., 16,700 Mk. mehr als 1902. 21,000 Mk. sind als Sicherungsfonds für das Unterstützungswesen angelegt worden. Im einzelnen wurden an Unterstützungen ausgegeben für Heilunterstützung 15,844 Mk., Arbeitslosenunterstützung am Orte 687 Mk., Streikunterstützung 6181 Mk., Familienunterstützung 2019 Mk., Umzugsentschädigung 3413 Mk., Sterbeunterstützung 175 Mk. und für Unterstützung in Notfällen 110 Mk.

Die Ausperrung der Wiener Bauarbeiter dauert fort. In fünf Versammlungen am Montag Nachmittag wurden die Vereinbarungen angenommen, welche in der Konferenz am Sonntag unter Vorsitz des Handelsrats Carl Schloßer beschlossen wurden, unter der Voraussetzung, daß diesen Vorschlägen auch die Zustimmung der Meister zustimme. In diesem Falle würde die Arbeit am 1. Juni wieder aufgenommen werden. Sämtliche Versammlungen stimmten dem Antrage zu, daß die Arbeiterschaft so lange von ihrem Verhalten nicht abgehen solle, bis ein allgemeiner Minimaxtarif von vier Kronen bewilligt sei.

Der Plenarversammlung der Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister ging eine vertrauliche Besprechung voraus. In der Plenarversammlung selbst teilte der Vorsitzende das Ergebnis der vorbereitenden Verhandlungen mit, in welchen man sich dahin geeinigt habe, die Ausperrung der Bauarbeiter so lange aufrecht zu erhalten, bis sie die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen würden. Erst dann seien über die höheren Löhne Verhandlungen einzuleiten. Bei der Abstimmung wurde dieser Vorschlag mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Da die Einigungsverhandlungen zwischen den Ausgesperrten und den Meistern gescheitert sind, findet heute Nachmittag unter freiem Himmel eine große Bauarbeiterversammlung statt, an welcher über 30,000 Arbeiter teilnehmen werden.

Aus Salzburg wird gemeldet: Die Bauarbeiter stellten gleichfalls bei mehreren Unternehmern behufs Erzielung höherer Löhne die Arbeit ein und beschloßen, auch in den übrigen Betrieben den Ausstand bis zur vollständigen Erlangung der Forderungen durchzuführen.

Die ausständigen Entlader in Eberbourg haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie vorläufig eine Erhöhung der Löhne erlangt haben.

Tokales und Provinzielles.

Breslau, den 1. Juni 1904.

* Die Breslauer Gemeindegewerkschaft hielt gestern im „Blauen Hirsch“ eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Dieselbe beschäftigte sich mit den Verhältnissen der beiden städtischen Krankenkassen. Wie die verschiedenen Redner mitteilten, herrschen in den Kassen große Ungleichheiten.

In der Betriebskrankenkasse für die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke (Mitgliederzahl 1170) wird den Mitgliedern außer Arznei, Arzt, Krankengeld z. auch freie ärztliche Behandlung für die Familie gewährt, ferner erhalten die Mitglieder für ihre Familienangehörigen auch die Hälfte der Medizin und Heilmittel frei. Früher — bis 1. Oktober 1903 — wurde sogar alles frei geliefert. Die Zahl der Erkrankungen war eine große, besonders überwogen Augenleiden, Influenza, Lungenleiden, Verletzungen und rheumatische Leiden. Diese Erkrankungen dürften fast durchweg auf den sehr mühsamen Beruf zurückzuführen sein.

Schlimmer sieht es in der anderen städtischen Kasse, der Kommunal-Betriebskrankenkasse aus. Mitgliederzahl 2546. Diese Kasse umfaßt alle städtischen Betriebe mit Ausnahme der oben erwähnten. Ihre Mitglieder erhalten nur die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen. Es wird also keine Familienversorgung, Arzt oder Medizin gewährt. Das ist für die Angehörigen der Kommunal-Betriebskrankenkasse doppelt fühlbar, weil sie durchweg sehr geringe Löhne haben. Tritt dann Krankheit in der Familie ein, so wird der davon Betroffene oft für Monate empfindlich geschädigt. Auch in dieser Kasse ist eine große Zahl von Erkrankungen zu verzeichnen, namentlich überwiegen rheumatische Leiden (281), Verletzungen (134), Lungenleiden (106) und Magen-Erkrankungen (88).

Die städtischen Arbeiter Breslaus erstreben nun eine Verschmelzung beider Kassen zu einer gemeinsamen Betriebskrankenkasse. Schon jetzt sind die Leiter der Kassen, Herr Direktor Zeitgebel, Bauinspektor Nathansohn und Kassensührer Müller, in beiden Kassen dieselben Personen. Ebenso ist das Bureaupersonal (7 Personen) für beide Kassen das gleiche.

An der Debatte beteiligten sich zahlreiche Redner aus den einzelnen Betrieben, die sämtlich über Mißstände zu klagen hatten. Auch der Leiter des hiesigen Gemeindegewerkschaftsverbandes, Genosse Mehrlein, erörterte die Verhältnisse in den Kassen, wobei er empfahl, durch festen Zusammenschluß aller städtischen Arbeiter im Gemeindegewerkschaftsverbande diese Verhältnisse zu beseitigen. Seine Worte fanden vielen Beifall.

Es wurde beschlossen, sofort eine Kommission von fünf Mitgliedern aus den Reihen der städtischen Arbeiter zu wählen, die eine Petition um Verschmelzung der beiden Kassen ausarbeiten soll. Gewählt wurden je ein Arbeiter aus den Gaswerken, dem Wasserwerk, dem Elektrizitätswerke, der Kanalisation und dem Schlachthofe. Die Kommission, welche genehmigungsfähig mit Ortsdirektor Mehrlein den Entwurf ausarbeiten, soll ihre Arbeit beschleunigen und in etwa zehn bis vierzehn Tagen soll der Entwurf vorgelegt werden. Zu diesem Zwecke wird abermals eine Versammlung einberufen werden, in welcher dann endgültig über die Abfassung der Petition beschlossen werden wird.

Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung. Dem Gemeindegewerkschaftsverbande wurden verschiedene neue Mitglieder gewonnen. Im Anschluß hieran fand noch eine Mitglieder-Versammlung des Gemeindegewerkschaftsverbandes statt, es wurden nur innere Vereinsangelegenheiten

erledigt. Bemerkenswert daraus ist nur der Beschluß, eine Krankengeldzuschußkasse einzuführen, doch sollen erst noch Erfahrungen anderer Verbandstilken gehört werden. Die Kasse soll dann am 1. Oktober in Kraft treten.

* **Zehn Gebote für Naturfreunde.** 1. Du darfst keine Äste und Zweige, keine Blätter und Blüten von Sträuchern abreißen, abschneiden oder mit einem Stocke abschlagen. 2. Du darfst die Rasenplätze in den Anlagen, die Wiesen und Getreidefelder nicht betreten. 3. Du darfst in den Anlagen und Gärten, auf Wiesen und Feldern keine Blumen pflücken, um sie dann wegzumerfen; denn das ist nicht nur grober Unfug, sondern auch Diebstahl. 4. Du darfst nicht im Walde die Heibel- und Breihelbeersträucher, die Heide- und Farrenkräuter oder andere Waldbpflanzen herausreißen, abbrechen oder abschneiden; denn das schädigt den Waldboden. 5. Du darfst nicht den neu angepflanzten Waldbäumchen die Köpfe der oberen Triebe abbrechen, abschneiden oder abschlagen; denn diese Pflanzen sterben dann ab oder werden krüppelhafte Räume. 6. Du darfst nicht auf Wegen, Straßen und Plätzen Pomeranzenschalen, Kirsch- und Pfauenerkerne, Papierstücke, Brotreste usw. wegwerfen. 7. Du darfst nicht die aufgestellten Bänke in den Anlagen durch Einschneiden von Buchstaben und Namen, durch Beschreiben und Beschmierern beschädigen. 8. Du darfst die Quellen in den Anlagen nicht verstopfen oder auf andere Weise beschädigen; denn das Herrichten dieser Plätze mit den sprudelnden Quellen kostet viel Geld. 9. Du darfst die Singvögel nicht fangen und sie nicht beim Nisten und Brüten stören. 10. Du darfst auch andere nützliche Tiere, wie Frösche, Eidechsen, Blindschleichen, Maulwürfe usw. nicht töten oder quälen; denn diese Tiere wertvollen viele schädliche Insekten.

* Der Deutsche Abstinenten-Bund (Ortsgruppe Breslau) hält seine nächste Versammlung morgen Donnerstag, den 2. Juni, im Gewerkschaftshaus Zimmer Nr. 5 ab.

* Das Impfen der Kinder, wodurch bekanntlich ein Schutz gegen die schwarzen Blattern erzielt werden soll, bringt für die Kinder und Eltern eine Anzahl schwerer Leiden mit sich. Wir möchten auch dieses Jahr alle Eltern darauf hinweisen, daß sie, wenn die Kinder in Folge des Impfens krank werden, unbedingt nur den betreffenden Impfarzt zu Rate ziehen sollen. Dieser ist nämlich verpflichtet, alle Schädigungen, die durch das Impfen entstanden sind, der vorgesetzten Behörde anzuzeigen.

* Ein Stittenbild aus „besseren“ Kreisen entrollte am Dienstag eine Verhandlung vor der 1. Strafkammer. Wegen Kuppelei war die Besitzerin der Lauterbach'schen Weinhandlung, Lydia Lauterbach, nebst ihren beiden Kellnern Bruno Paulfers und Carl Diderik angeklagt. Die Vorgänge in dem alten Weinlokal am Laurentienplatz entzogen sich leider der Öffentlichkeit, da bei verschlossenen Türen verhandelt wurde. Der Aufruf der 86 Zeugen gewährte ein buntes Bild. Außer diversen Damen der Halbwelt fanden sich unter ihnen ein hiesiger Pastor prim., ein Oberst, sowie verschiedene Kanakute und mehrere Rittergutsbesitzer aus der Umgegend mit dem wohlklingenden kleinen „von“ vor ihren edlen Namen. Wie aus der umfangreichen Urteilsbegündung hervorging, war der Betrieb in dem modernen Eden ein recht flotter und lohnender für Wirtin und Kellner. Sobald ein „weindrüsiges“ Pärchen erschien und ein separiertes Zimmer verlangte, ward ihnen dieses sofort eingeräumt, d. h. wenn es gerade unbesetzt war. War dies nicht der Fall, so mußten die Gäste ihre Sehnsucht zunächst in einer Nische bannen, bis sich ihnen durch das Leerwerden eines Separés die Pforten des Paradieses öffneten. „Bitte die Herrschaften“, meinte dann der Herr Ober — „schließt vor selbst“. Herrin die ohne „Damen“ erschienen, aber das Ewigweibliche nicht missen wollten, wendeten sich vertrauensvoll an einen der „Ober“ und dieser im Besitze verschiedener Adressen schickte sofort den Picolo aus, um eine „Kleine“ heranzuholen. Bereits in den Jahren 1898 und 1901 waren gegen die Inhaberinnen dieser gastreichen Stätte Strafverfahren anhängig gemacht, aber mangels Beweises nicht eröffnet worden, bis es nunmehr zum Klappen kam. Die Strafen fielen je nach Beteiligung an dem lukrativen Geschäft aus und lauteten gegen Frau Lauterbach und Diderik auf je 1 Monat, gegen Paulfers auf 3 Monate Gefängnis.

* Ein magerer Vergleich. Der Puquaunternehmer Hoffmann hatte mit dem Maurermeister Nante vereinbart, bei dessen Neubau auf der Posenerstraße den Außenputz gegen einen Lohn von 650 Mk. zu übernehmen. Mit den Arbeiten sollte am 2. Mai begonnen werden. Am Sonnabend zuvor hatte nun Nante der beim Außenputz beschäftigten Kolonne den Lohn bei Feierabend nicht ausbezahlen können, hatte die Leute vielmehr für Sonntag früh bestellt und ihnen auch dann den Lohn nicht ganz vollständig geben können. Es herrschte deshalb am 2. Mai auf dem Bau gähnliche Leere, da die Arbeiter unerschrocken waren, ob sie die Arbeit fortsetzen sollten oder nicht. Nante riet nun dem Hoffmann, mit seiner Kolonne erst einige Tage später anzufangen, da er sich erst einen anderen Geldgeber verschaffen wolle, um sich nicht am Lohnstage wieder im Stich gelassen zu sehen. Die Arbeiter waren damit zufrieden, einige Tage auszusetzen, da sie den Winter hindurch von Arbeitslosigkeit zufällig verschont geblieben waren. Sie wurden aber bis zum anderen Montage hinausgezogen und, als sie dann endlich beginnen wollten, fanden sie die Arbeit bereits anderweitig vergeben. Die Innenputzer hatten nämlich aufgehört, und da zur alleinigen Fertigstellung von deren Arbeiten sich eine andere Kolonne nicht bereit gefunden hätte, da die Arbeit zu geringfügig geworden war, so hatte Nante jetzt beide Arbeiten zusammen vergeben. Hoffmann reichte hierauf eine Entschädigungsklage in Höhe von 805.80 Mk. beim Gewerbegericht ein, für die Zeit, die er nebst 3 anderen Maurern und einem Arbeiter nunmehr noch über den 9. Mai hinaus gebraucht hatte, um andere Arbeit zu finden. Im Termin wurde diese Klage summe sofort auf rund 150 Mk. ermäßigt. Im Vergleichswege wollte er sich schließlich auch zufrieden geben, wenn Nante für jeden von ihnen 20 Mk., also 100 Mk. zahlte. Dies wollte derselbe aber auch nicht und bot am Ende 50 Mk. Zum allgemeinen Erstaunen ließ es Hoffmann aber trotzdem nicht auf ein Urteil ankommen, sondern gab sich mit dem Gebotenen zufrieden, wovon 30 Mk. sofort gezahlt wurden, der Rest von 20 Mk. am 12. Juni. Der Kläger hatte darauf Rücksicht genommen, daß Nante als Unternehmer bisher vom Glück wenig begünstigt worden ist.

* Brandunglück. In vergangener Nacht ging ein großer Teil des Dachstuhles des Grundstücks Feldstraße 10 d in Flammen auf. Das Feuer griff schnell in den Bodenzimmern an sich, so daß die Feuerwehre mit mehreren Schläuchen vordringen mußte. Schon galt jede Gefahr in der Hauptsache beseitigt, als sich plötzlich Stichflammen entwickelten. Hierdurch erlitten der Oberfeuerwehmann Koig, Gefreiter Nante und Feuerwehmann Klingberg sehr erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen, so daß sie in das Allerheiligste-Hospital gebracht werden mußten. Die Feuerwehre hatte mehrere Stunden an der Brandstelle zu tun.

Fauer, 31. Mai. O melch Lust Soldat zu sein! Gestern Nachmittag wurden am loc. Hiesenberg (in der Nähe des Schießwenders) die Uniformstücke und das Seitengewehr eines kriegsreifen Kadets-Graviers geübt. Wie das „Tagesheft“ erzählt, gehören diese Uniformstücke dem „Kadett Redsch“, welcher früher in Dauer beschäftigt gewesen und sich während der Feiertage urlaubsweise hier aufgehalten haben soll. Der Mann hat sich Bivolleter verschafft und ist seitdem flüchtig. Cypess, 31. Mai. Eine gute Antwort hat die Regierung zu Döbeln, Abteilung für Schulwesen, einem jungen Rektor aus einer großen Kommune des Industriebezirks erteilt. Der junge Herr, der noch vor kurzer Zeit Klassenlehrer war, stellte in der letzten Versammlung der oberständlichen Rektoren den Antrag, bei der Behörde wegen Verletzung des Rechts, gegen die Lehrer Disziplinarstrafen bis zu 3 Mark verhängen zu dürfen, vorzulegen zu werden. Die Versammlung lehnte ab den Antrag und der junge Rektor wurde nun bei der Regierung allein vorstellig. Die Antwort lautete, der Rektor wolle statt für Strafen für ein besseres kollektives Verhältnis unter den ihm unterstellten Lehrern voran. Diese Burchweitung des heillosigen Schullehrs dürfte in Lehrkreise Veranlassung hervorrufen.

Königsbrunn, 30. Mai. Ein Messerlampf entpand sich gestern Abend gegen 11 Uhr auf der Kronprinzenstraße in der Nähe der St. Barbara'sche wahrscheinlich infolge von Überdrehung. Hierbei wurde dem Fleischergehilfen Biorlo mit einem Fleischermesser eine lebensgefährliche Stichwunde in den Unterleib zugefügt. Der Verletzte wurde im Knappschafts-Krankenhaus aufgenommen und am heute Nachmittag eine Operation vollzogen. Eine zweiteilige Stichwunde in den Magen stellt die Erhaltung des Lebens in Frage. Vier Personen, darunter eine weibliche, werden als der Schuld verdächtig gehalten, davon aber zwei wieder auf freien Fuß gesetzt. In dem heute Nachmittag verhaltenen Verarbeiter Emil Martin glaubt die Kriminalpolizei den Hauptschuldigen ermittelt zu haben.

Kattowitz, 31. Mai. Waldbrand. Im Emanuelsgener Walde, dem Fürsten Ples gehörig, entpand Vormittags ein Waldbrand, der bis Abends 200 Morgen 80-jährigen Hochwald vernichtete.

Mysłowitz, 31. Mai. Einen tödlichen Unfall erlitt vorgestern Morgens der Pfarrer Pulowicz in Czarna. Als er während des Gottesdienstes die Kanzel bestieg, stolperte er über die Soutane und stürzte so unglücklich die Treppe hinunter, daß er infolge Bruches der Wirbelsäule sterbend in die Sakristei gebracht wurde, wo er, ehe noch ein Arzt zur Stelle war, verstarb.

Kattowitz, 31. Mai. Vergiftung. In Gieselschowo hiesigen Kreises erkrankte dieser Tage die Arbeiterfamilie Andriewski unter Vergiftungserscheinungen. Die Ehefrau ist, wie Sie „P. R. N.“ melden, bereits gestorben und auch die Tochter liegt hoffnungslos darnieder. Gestern erfolgte die Sektion der Leiche, doch konnte dabei die Art der Vergiftung nicht festgestellt werden. Die Eingeweide werden zum Zweck einer chemischen Untersuchung der Staatsanwaltschaft überwiesen.

Auch ein Schuppelner.

Ein höchst originelles Schriftstück ist in den Papieren eines verstorbenen schlesischen Pfarrers aufgefunden und von der „Katholischen Schulzeitung“ für Norddeutschland veröffentlicht worden, nämlich ein im Jahre 1818 geschriebener Brief eines Schulmeisters, welcher bittere Klage über seine Einkünfte führt. Das Schriftstück lautet wörtlich:

Wohleber, hochachtbarer Herr! Euer Wohlgestrenger gerühen mir nicht übel aufzunehmen, wenn ich dieselben mit diesen höchst billigen Feilen vermodellieren und mich anbei beklagen muß, daß im Dörfel fast gar keine Begräbnisse mehr vorkommen, ingleichen Kindtaufen und Hochzeiten, so daß ich mich samt meinem Weibe und Kindern kümmerlich durchbringen muß. Wo soll das hinaus? Der Urban ist vor zwei Monaten gestorben, er war 94 Jahre alt — das wäre ein, und der Martin Noal hat einen recht braven Jungen bekommen — das sind ihrer zwei. Der Kirchvater Wastin ließ erst kürzlich ein Mädchen taufen, obgleich ich sammt meinem Weibe erwarret hatte, es würde ein Zwillingsspaar werden — das sind drei. Der Gottlieb Schuppner hat sich endlich trauen lassen, das sind vier. Der Andreas Trude hat einen todtkranken Kümmler, so hat er ihn kürzlich in die Stadt geholt, allwo er auch glücklich gestorben ist. So entgeht man uns den Verdienst. Der Siegmund Ruffsch hielt sich noch am besten; ihm hat der Herr drei Kinder in einem Jahre abgerufen, hernach ihm selbst — 9. Der Lorenz Paulst war auch schon verschieden und habe ich schon ein hübsches Begräbnis angefertigt gehabt, da hat ihn seine Frau durch ihr klägliches Geschrei wieder aufgeweckt. Jetzt ist er auf der Besserung. Wenn also in einem Jahre 10 sterben, heirathen und geboren werden, und einer von ihnen vor dem Begräbnis noch gemacht wird, was kann da herauskommen? Darum wollte Ew. Wohlgestrengen, allergnädigst und unterthänigst gebeten haben, Sie wollen sich meiner erbarmen, und bei Strafe anbefehlen, daß, wer einen Todesfall haben kann, nicht der Stadt zu gute kommen lasse, ebenso mit den Trauungen und Kindtaufen. Den Weibern aber verbieten, daß sie die Toten durch ihr Geplär nicht antrocknen oder die Kinder nicht tot zur Welt bringen, wie unendlich Mr. Krichonin. Der Krichonin hat mir schon eine feite Kindtaufe verschrieben, und nur ist wieder damit Essig.

Schöndrig, Schulmeister."

Neueste Nachrichten.

Mit einem Siege unserer Genossen

endeten die Stadtverordneten-Ersatzwahlen in Berlin, die notwendig geworden waren, weil der Genosse Dr. Freudenberg sein Mandat krankheitshalber niedergelegt hatte resp. weil das Gericht dem „Majestätsbeleidiger“ Leib das Mandat aberkannt. Im 32. Wahlbezirk wurde Genosse Leib als sozialdemokratischer Kandidat wiedergewählt, im 40. Bezirk wurde Genosse Dr. Arons mit überwältigender Stimmenmehrheit gewählt.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan. 1600 Minen?

Nach einer wahrscheinlich übertriebenen Meldung haben die Japaner bei der Besetzung Dalnys 15—1600 Minen, die dort ausgelegt waren, vorgefunden. Ihre Entfernung bereitete den Japanern die größten Schwierigkeiten. Wie sich jetzt herausstellt, war der Hügel südlich von Nantwananien so stark besetzt, daß die Besetzung einen Monat lang hätte Widerstand leisten können. Die japanische Infanterie mußte neunmal zum Sturm ansetzen, bevor es ihr endgültig gelang, den Hügel zu besetzen.

Die Königer Mordaffäre.

Das Berl. Tagebl. erzählt, in der Königer Mordaffäre sei eine neue überatmende Maschine eingetreten. Die letzten Nachforschungen ergaben den gravierendsten Verdacht gegen den Arbeiter Wabloff aus Königs und dessen Angehörige auf Grund aufgefundenen halbverrotten Heberrestes eines Kleidungsstückes Winters. Wabloff sei dieser Tage in einer Galberfäbrik ermittelt und von einem eigens zu diesem Zweck dorthin gereisten höheren Beamten verhaftet worden.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Elektrische Fernbahnen mit hoher Geschwindigkeit bilden seit dem glücklichen Probefahren auf der Strecke Marienfelde-Hofen das Ziel einer fortschrittlichen Verkehrspolitik. Leider stehen der Einführung solcher Bahnen in der Praxis eine Reihe Schwierigkeiten entgegen, die zwar zu überwinden sind, aber den Bahnbau außerordentlich verteuern würden. Die elektrische Fernbahn bedarf eines eigenen Bahnkörpers, Schaltungen müssen so viel wie möglich vermieden werden. Die Grundrisskosten würden so enorm werden, daß die Rentabilität fraglich erscheinen müßte. Es wird nun, um diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, von technischer Seite vorgeschlagen, die elektrischen Fernbahnen als Schwebbahnen zu bauen, wobei die Grundrisskosten wegfallen würden und die Trassen von einem Verkehrsmittelpunkt zum andern möglichst geradlinig gehalten werden könnten. Der Vorschlag, der in der Fachpresse eifrig erörtert wird, hat vielleicht zur Folge, daß wir schneller zu elektrischen Fernbahnen gelangen, als man bisher annahm. Daß elektrische Schwebbahnen gut funktionieren, ist durch die Erfahrung schon erwiesen. Es wäre also nur noch auszuprobieren, ob die Sicherheit auch bei hohen Geschwindigkeiten gewährleistet ist.

Litteratur.

„Wider die Pfaffenherrschafft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Das 7. Heft dieses neuen Vorkriegswerkes, das von dem verstorbenen Genossen, Reichstagsabgeordneten Rosenow verfaßt ist, gelangt soeben zur Ausgabe. Es bringt den Schluss des 4. und den Anfang des 5. Kapitels: Weltkruz, Jbidat und Reichstuch, in dem behandelt wird: Krenz und Vain. — Die Verkündigung des niederen Krenz durch die Pfaffen. — Die Pfaffen. — Kirchenrat und Pfaffen. — Sittliche Verfallung des Krenz der ersten Jahrhunderte usw. Von den zahlreichen Illustrationen nennen wir: „Mönch und Reichstuch“, ferner ein Epitaph aus dem Jahre 1609 auf das unmaßige Leben der Mönche und Nonnen und ein Klugblatt aus der Reformationszeit: „Der Pfaffen Kirchweib“. Ein anderes Bild, ebenfalls aus der Reformationszeit, zeigt uns, wie Pfand und Nonne in der Hölle sich die Zeit vertreiben. Die Illustrationen sind in vorzüglicher Weise wiedergegeben und bilden das beste Mittel, die Leser mit der Kultur der damaligen Zeit vertraut zu machen. Der Verlag bittet die Parteigenossen um tatkräftige Unterstützung bei der Verbreitung des Werkes. Abonnenten können jederzeit eintreten. Bestellungen nehmen entgegen: sämtliche Ausdräger unserer Parteizeitungen, die Parteifolkporteur und Buchhandlungen, sowie jede Buchhandlung und der Verlag: Buchhandlung Vorkreis, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 31. Mai. I. Haushalter Paul Girabi, ev., Duxenstraße 19, und Augustine Kurzsch, ev., Fährstraße 1. — Redaktor Bernhard Köhling, ev., Nordbauern, und Hedwig Kofe, kath., Kurze 64. — Weißgerber Robert Wittner, kath., Pörsnerstraße 1, und Pauline Uebermuth, kath., ebendasselbst. — Packierer Eduard Specht, ev., Leutenstraße 60, und Auguste Gauß, ev., Telchenerstraße 24. — Konditor Arthur Pöhner, ev., Ratibor, und Klara Drabon, ev., Reuschestraße 49. — II. Arbeiter Robert Wittsche, kath., Priderstraße 31, und Klara Brudsch, ev., Nachobstraße 25. — Schuhmacher Heinrich Thormeyer, ev., Teichstraße 26, und Anna Schwan, kath., Romag, Kreis Reife. — Maximalhändler Paul Schmidt, kath., Gabisstraße 40, und Ida Scholz, ev., Augustastrasse 116. — Schlosser Hermann Hüner, freirelig., Lewaldstraße 5, und Martha Köhlig, ev., Ohlauer - Stadigraben 28. — Arbeiter Johann Krul, ev., Königgräberstraße 23, und Emilie Quider, ev., Körnerstraße 22. — Maschinenarbeiter Paul Paar, kath., Königgräberstraße 20, und Gertrud Piesch, ev., Königgräberstraße 11. — IV. Kutscher Wilhelm Schisgale, ev., Postbringerstraße 28, und Martha Schuster, ebendasselbst. — Obermaschinist Robert Faber, lth., Wisnarsstraße 39, und Selma Wivert, kath., Bietzenstraße 16. —

Telegraphenarbeiter Paul Thoma, kath., Freiburgerstraße 16, und Martha Drescher, ev., Kleinburgstraße 41. — Eheschließungen. I. Schlosser Rudolf Otto, ev., Oberstraße 29, mit Hedwig Wenzel, kath., Rosenstr. 22. — Schneidermeister Hugo Dschowst, kath., Graben 13, mit Olga Schulz, geb. Freund, kath., ebend. — Schmied Karl Jorde, ev., Parfischer 12, mit Waleka Jelsch, kath., Schmiedebrücke 52. — Sattler und Tapezierer Erich Vogtmann, ev., Kurze 73, mit Martha Köhlig, kath., ebend. — Schneidermeister Max Ditz, ev., Mühlstraße 27, mit Elisabeth Jauernig, kath., ebend. — Fleischer Albert Kreisel, kath., Hinterhäuser 20, mit Martha Hnatsch, ev., Blücherplatz 14. — II. Arbeiter Friedrich Jonas, ev., Klosterstr. 108, mit Martha Gortel, ev., hier. — Kutscher Wilhelm Daudisch, ev., Neuborstr. 52 mit Bertha Schöpe, ev., hier. — Schlosser Max Teschner, ev., Königgräberstr. 29, mit Emma Ködler, ev., Laurentienstr. 27a. — Schuhmacher Hermann Köhlig, ev., Neue Laurentienstr. 72, mit Klara Kroll, ev., Ohlauer Chaussee 38. — Buschelder Otto Gemth, kath., Sebansstr. 23, mit Martha Steiner, kath., Vohrauerstr. 65. — Friseur Diener Josef Winkler, kath., Sadowastr. 1, mit Anna Köhlig, kath., Kistenau, Kreis Neumarkt. — Fleischer Ernst Kneuer, ev., Ohlauer Chaussee 6, mit Selma Ueband, kath., Ohlauer Chaussee 38. — Schneidermeister Wenzel Dittschel, kath., Sadowastr. 1, mit A. Rozynski, ev., Vorkreisstr. 20. — Schlosser V. Ranner, kath., Vohrauerstr. 7, mit Klara Kroll, ev., Elbingerstr. 14. — Banarbeiter August Simon, ev., Lewaldstraße 24, mit Maria Jänich, kath., ebendasselbst. — Geschäftsdirektor Friedrich Schütz, kath., Kleine Grolschengasse 28, mit Emma Leuchtenberger, geb. Wende, ev., Luisenstraße 24. — Kellner August Winter, kath., Luisenstraße 18, mit Martha Göllich, kath., Luisenstraße 17. — Schuhmachermeister Max Scholz, kath., Cofel, mit Viktoria Neumann, ev., Gabelnackerstraße 35. — Glaser Richard Mühlner, kath., Kaiser Wilhelmstr. 66, mit Margarete Hofmann, kath., Victoriastraße 73. Geburten. I. Schuhmacher Friedrich Pirsch, ev., S. — Bahnarbeiter Emil Giller, kath., T. — Feuerwehrmann Paul Bräuner, kath., T. — Eisenarbeiter Franz Wustla, kath., S. — Sattler Josef Weymann, kath., T. — Kutscher Josef Hinte, kath., S. — Maurer Max Krenzel, ev., T. — Arbeiter Hermann Gustav Eiler, ev., T. — Kermacher Karl Tausel, ev., T. — Kärner Karl Vietral, ev., T. — Arbeiter Wilhelm Schmidt, ev., T. — Stellmacher Josef Kubastinski, kath., S. — Schuhmacher August Kraska, kath., S. — Arbeiter Karl Grädler, ev., S. — Maschinenarbeiter Paul Winkler, kath., S. — Kutscher Karl Danke, ev., T. — Arbeiter Karl Wengler, ev., T. — Stellmacher Robert Dampel, kath., T. — Schiffer Hermann Pind, ev., S. — Maurer Paul Hanschke, kath., S. — Invalide Rudolf Appel, ev., S. — Tischler August Gerlach, ev., S. — Antreiber Georg Maifel, kath., T. — Maurer August Varem, kath., S. — Arbeiter Johannes Pont, ev., T. — Arbeiter Karl Pacro, ev., S. — Arbeiter Paul Alexander, kath., T. — Kutscher Ernst Meibe, ev., S. — Schlosser Wilhelm Kofe, kath., S. — Arbeiter Max Großer, ev., S. — Einlasser Wilhelm Stewig, ev., S. — Maschinist Karl Tröpel, ev., 2 S. — Silberarbeiter Paul Heiser, ev., S. — Maurer Josef Breitshedel, kath., T. — Kutscher Richard Gabriel, kath., S. — Maurer Franz Gröchner, kath., S. — Zimmermann Paul Hindemith, ev., T. — Schuhmacher Josef Kresser, kath., T. — Schmied Theodor Valeske, kath., T. — Motorwagenführer Paul Müller, kath., S. — Schuhmacher Wilhelm Bogelkeller, kath., S. — Kellner Josef Kofe, kath., S. — Motorwagenführer Heinrich Nowak, ev., T. — Arbeiter Ferdinand Gudel, ev., S. — Tischler Karl Tröpe, ev., T. — Schneider Johann Joliel, kath., T. — Buchdrucker Paul Schögel, ev., S. — Arbeiter Wilhelm Kamulla, ev., T. — Putzarbeiter Emil Döhl, ev., T. — Schlosser Gustav Kleiner, ev., T. Todesfälle. IV. Erich, S. des Eisenbrechers Fritz Hein, 5 T. — Schneidermeister Gustav Hartmann, 20 J. — Witt, S. des Geschäftsführers Max Kordigle, 8 W. — Redakteur Heinrich Baum, 64 J. — Banarbeiter Georg Klingberg, 20 J. — Haushalter Fritz Schneider, 18 J. — Schuhmachermeister Julius Bohnert, 53 J. — Eisenbohrer August Spiller, 50 J.

mehr der Firma schreiben, daß der Termin noch nicht gekommen ist. Wir warten immer wieder, auf derartige Abgabungsberichte einzuweisen. Ihr Fall ist ein neuer Beitrag zu der allen Erfahrung, daß man nie etwas unterschreiben soll, was man nicht ganz genau durchgesehen hat, und keine Verpflichtungen eingehen, die man nicht erfüllen kann.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.
Gewerkschaftshaus.
Mittwoch, den 1. Juni:
Buchdrucker-Versammlung im großen Saale.
Donnerstag, den 2. Juni:
Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter. Bezirksführer-Sitzung im Zimmer Nr. 1.
Arbeiter-Abstinenz-Bund. Zimmer Nr. 5.
Freie Turnerstaffel. Monatsversammlung. Punkt 8 1/2 Uhr.
Sonabend, den 4. Juni:
Centralverband der Töpfer. Mitglieder-Versammlung Abends 8 1/2 Uhr.
Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 3 und 4.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).
Bezirk 5. Sonabend, den 4. Juni, Abends 8 1/2 Uhr: Kassenabend und Beschiedens. Der Bezirksführer.
Bezirk 6. Der Kassenabend findet Dienstag, den 7. Juni statt. Sonntag, den 5. Juni, Volkswacht-Agitation. Der Bezirksführer.
Distrikt II (Mittels-Vorstadt).
Sonntag, den 6. Juni, Vormittags Punkt 7 Uhr: „Volkswacht“-Agitation vom Distriktslokal aus. Sämtliche Parteigenossen des Nikolaiflores und aus Pöpelwitz werden gebeten, sich rechtzeitig einzufinden.
Bezirk 22. Donnerstag, den 2. Juni, Abends 8 Uhr: Berichts-Abteilung. Der Bezirksführer.
Distrikt III (Ober-Vorstadt).
Sonntag, den 6. Juni, früh 7 Uhr: Volkswacht-Agitation. Es ist Ehrensache eines jeden Genossen, in dem bestimmten Lokale zu erscheinen.
An die Bezirksführer. Sonabend, den 4. Juni, ev., Abends 8 1/2 Uhr: Kassenabend in dem bekannten Lokale. Um vollständiges Erscheinen ersucht. Der Bezirksführer.
Distrikt VI (Schweidnitzer, Strehleener und Ohlauer Vor.).
Bezirk 71. Mittwoch, 1. Juni, Kassenabend im Gewerkschaftshaus.
Bezirk 80. Freitag, den 2. Juni: Kassenabend im bekannten Lokale. Mitgliedsbücher mitbringen. Der Bezirksführer.
Distrikt VII (Innere Stadt).
Bezirk 103. Jeden ersten Sonnabend im Monat: Kassenabend im bekannten Lokale. Der Bezirksführer.
Brieg. Männergesangsverein „Vorwärts“. Donnerstag, den 2. Juni: Außerordentliche General-Versammlung. Um vollständiges Erscheinen ersucht. Der Vorstand.
Striegau. Gesangsverein „Vorwärts“. Jeden Freitag 8 Uhr: Übungsstunde. Die Mitglieder werden ersucht, recht vollständig zu erscheinen, auch werden in jeder Gesangsstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.
Bunzlau. Wahlverein. Mittwoch, den 8. Juni, im Gasthose „Zu den 3 Kronen“: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtoberordneten Genossen Wittschke. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden gebeten, sich zahlreich und pünktlich einzufinden. Anfang präzis 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Robe-Theater.
Mittwoch:
Gastspiel Max Marx:
„Die Empfindung.“
„Die tugendhafte Germane.“
„Das Abenteuer.“
Donnerstag:
Gastspiel Max Marx:
„Madame X.“
Freitag:
Letztes Gastspiel Max Marx:
„Die Empfindung.“
„Die tugendhafte Germane.“
„Das Abenteuer.“

Thalia-Theater.
Mittwoch:
Vorletztes
Gastspiel des Oberbayerischen
Bauern-Theaters.
„Der Gewissensbarm.“
Donnerstag:
Letztes
Gastspiel des Oberbayerischen
Bauern-Theaters.
„Der Biarrer von Rischfeld.“

Breslauer Sommer-Theater
St. Vincenzhaus, Seminarsgasse 15.
Mittwoch und Donnerstag:
Gastspiel des Verfassers
Helnz Gordon.
„In Vertretung.“

Dominikaner.
Täglich:
Kluge & Zimmermann's
Leipziger Sänger.
Alle drei Tage vollständig
neues Programm.
Entree 10 Pf.

**Zurückgekehrt
Dr. H. Horz.**
Einer sagt dem Andern,
was beim Einkauf direkt in der
Fabrik erpart wird. Schöne
Horren-Anzüge 10 1/2 Mt., Elegante
Anzüge nach Maas 18 Mt. 1926
Anzugfabrik Wallstr. 17a, II.
Sonntag auch von 11-2.

Zeltgarten.
Dir. H. Krsinsik.
Einzig dastehendes
Sommer-Variété
imprachtvollen Garten,
bei ungünstig. Witterung
im Saale.
Anlässlich
des Maschinenmarktes
Gr. Gala-Vorstellung
11 Attraktionen, u. A.
Gastspiel des
Dompteur für Seylow
mit seinen wunderbar
dressierten kaukasischen
Wären.
Anfang d. Konzerts 7 Uhr,
der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 10 Pf.
Reserviert 20 Pf.
Morgen
Sommerachts Ball.

**Konzerthaus
„Flora“.**
Dir.: H. Krsinsik.
Täglich
mittags und abend:
**Frei-
Konzert**
des berühmten
Damen-Orchesters.
Vorzüglicher Mittagsstisch
bei soliden Preisen,
dann Frei-Konzert.
Bedienung: Münchnerinnen.
Der Garten ist eröffnet.

Palmengarten
Gartenstraße 65.
Sehenswürdigkeit der Residenz.
Täglich
mittags und abends:
Elite-Konzert
des berühmten
Damen-Trompeter-Korps
„Zufriedenheit“.
Zum 1. Male in Breslau.
Entree frei!
Vorzügliche Küche u.
billiger Mittagstisch bei
Frei-Konzert.

Anlässlich des
Maschinenmarktes:
Freitag, den 3. Juni:
Sommernachtsball.

Gebrauchte billige Möbel,
Schränke, Vertik., Kommoden,
Sofas, Bettstellen mit und ohne
Matratze, Spiegel, Waschtisch,
Küchenschiff, Auszieht., Federb.,
Kinderwagen zu verkaufen,
Friedrichstr. 61, Weber.

Gute Speisekartoffeln
5 Hter 20 Pfennige,
Saubere Futter billigt
Neumarkt 22, Hof rechts.

50 J. Monatshefte
Heft 6, Jahrgang 1899
und 1 u. 2, Jahrgang
1900 zu kaufen gesucht.
Expedition der „Volkswacht“.
Gebrauchte Hobelbänke,
Tischlerwerkz., Drehbank,
Eischränke versch. Größen,
Ladentische billig zu verkaufen
Gartenstr. 24, im Laden.

Knaben - Anzüge
Gustav Knauerhase
Neumarkt 45, ptr. u. I. 726
Der Ausstoß von
Märzengold
wird in einigen Tagen beendet.
Wir empfehlen unser

jetzt vorzügliches
Lagerbier
Pilsener, Kulmbacher,
Münchener und Volksbräu.
Hopf & Görcke
Tel. 238. Gräbichen. Tel. 1921.

Das neueste, alkoholfreie Apfelgetränk
Apfelgold
findet wegen seines absolut reinen, weinigen,
prickelnden Geschmacks den Vorzug.
Fordern Sie dasselbe in jedem Geschäft und
Restaurant. 917
Ausschank im Gewerkschaftshaus
in 1/10 und 1/10 Liter-Flaschen.
Alleinige Fabrik: Obstwein-Kellerei „Thalysia“,
Pils & Runge, Contor: Ohlauerstrasse 9.
Einzelverkauf: Altbüßersstr. 59, Hausladen, Telephon 7324.

Hopf & Görcke
Brauerei-Ausschank
Gräbichen.
Jeden Sonntag, jeden Mittwoch:
Grosses Abonnements-Konzert
Abonnementskarten: 931
1 Pers. 1.50, 1 Familie 6.50 Pers. 3.—
Entree 10 Pf. Anfang 4 Uhr.

Trauerhüte
in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen.
M. Tichauer 888
Reuschestr. 47, part. und I. Etage.

Neelle Einkaufs-Quelle von
Ausstattungs-Möbeln
sowie auch einzelner Stücke.
Ueberraschende Auswahl — billige Preise — kulante
Zahlungs-Bedingungen. 960
Gustav Roth, 2 Reuschestr. 2
2tes Haus vom Blücherplatz, im Hofe, kein Schaufenster.


Orkan- und Phänomen-Motor-Zweiräder
sind die besten und zuverlässigsten, 2 1/2-5 HP.
Orkan-, Elite- und Phänomen-
Fahrräder sind die besten und
auch die allerbilligsten.
2 Jahre Garantie.

Neue Fahrräder mit Glodenlager und 1 Jahr Garantie 68 Mk.
Gute Laufdecken . . . 3.—
1/2 Jahr Garantie . . . 4.50
1 Jahr Garantie . . . 6.00
Acetylen . . . 1.45
Feinstes Carbid, per Kilo 0.40
Leuchtgas, prima Ver-
nichtung . . . 2.80
Nähmaschinen mit 5 Jahre Garantie 48.— Mk.
Es ist Ihr Vorteil, wenn Sie sich meinen neuen Katalog
einfordern, derselbe bietet die größte Auswahl bei allerbilligsten Preisen,
verlangen Sie solchen umsonst und portofrei. 856
Bernhard Wedler
Breslau I, Grosse Groschengasse 14, Hummerei 16.

„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Folkporteur zu beziehen.

Wittwoch, den 1. Juni 1904.

Vierte General-Versammlung des Zentral-Verbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands.

Magdeburg, den 24. Mai 1904.

Am 1. und 2. Pfingstfreitag tagte hier in der „Reichshalle“ die vierte General-Versammlung des Zentral-Verbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands. Anwesend waren 19 Delegierte, die ebensovielen Orte vertraten. Die Generalkommission war durch Legien vertreten.

In Vorsitzenden wurden gewählt Josephson-Hamburg und Köhler-Leipzig, zum Schriftführer Schulze-Hamburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende den verstorbene Kollegen Emil Rosenow und Wilhelm Swienty, die beide auf der vorigen Generalversammlung des Verbandes als Referenten fungiert hatten, einen warm empfundenen Nachruf.

Der Geschäftsbericht über die beiden Jahre 1902 und 1903 lag den Delegierten im Druck vor. Danach ist die Mitgliedszahl des Verbandes in diesem Zeitraum von 1388 auf 3054 gestiegen, davon 1540 männliche und 1514 weibliche. Die Einnahmen beliefen sich auf 41.288,20 Mark, die Ausgaben auf 42.638,85 Mark. Der Kassenbestand war 4452,47 Mark. Das Defizit im letzten Geschäftsjahre ist durch Ausgaben für Streik verursacht, die der Verband zahlen mußte und die insgesamt eine Ausgabe von 4678,05 Mk. erforderten, wovon 2921,71 Mark aus der Verbandskasse bestritten werden mußten. Dem Vorstand wurde für die Geschäftsführung in den letzten zwei Jahren Entlassung erteilt. Eine Aufhebung des Kaiserlich-Königlichen Patents in Berlin zur Mitarbeit an einer Statistik über die Ergebnisse der landwärtlichen Stellenvermittlung durch den Vorstand abgelehnt. Hierzu wurde eine zustimmende Resolution beschlossen.

Sodann wurden die Anträge auf Änderung des Statuts beraten. Unter anderem wurde beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen und die Stellenlosen-Unterstützung zu erhöhen. Einem Antrag, den internationalen Kongress in Amsterdam zu besuchen, wurde zugestimmt, ebenso der Besichtigung des nächsten deutschen Gewerkschaftskongresses durch zwei Delegierte. Zum Verbandsvorsitzenden und Rebalteur des Verbandes wurde Josephson-Hamburg einstimmig wiedergewählt. Als Sitz des Ausschusses wurde Berlin bestimmt.

Hierauf referierte das Verbandsmitglied Reichstagsabgeordneter Kipisch-Weipzig über die nächsten Aufgaben für die Sozialreform im deutschen Handelsgewerbe. Der Referent hatte seine Anschauungen in nachfolgender Resolution zusammengefaßt, die einstimmig angenommen wurde:

Die vierte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands (Sty Hamburg) erachtet einen planmäßigen weiteren Ausbau der Sozialreform für die Angestellten im Handelsgewerbe als eine dringende Aufgabe der Reichsregierung. Diese Aufgabe ist in weit schnellerem Tempo wie gewohnt ihrer Lösung entgegenzuführen, ist angesichts der mitlichen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Zustände unter den Handelsgestellten eine gebietliche Notwendigkeit. Als wichtigste Forderungen sind dabei zunächst zu berücksichtigen:

Reichsgesetzliche Einführung des Achtstundentages. Beschränkung der Arbeitszeit in Kontoren auf täglich acht Stunden. Bei geteilter Arbeitszeit: Festsetzung einer Mittagspause von zwei Stunden, in Großstädten von zwei und einer halben Stunde. Wöchentliche sechsunddreißigtägige Sonntagsruhe für alle Handelsangestellten.

Obligatorischer Fortbildungsschulunterricht für Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren, während täglich zweier Vormittagsstunden.

Schaffung einer Handelsinspektion unter Dinzugziehung von Gehilfen.

Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Handelsangestellten, Schaffung einer ausreichenden reichsgesetzlichen Versicherung aller Privatangestellten gegen Alter und Invalidität, bei Gewährung von Witwen- und Waisenrenten.

Verbot der Konkurrenzklause. Beseitigung der 9 und 10 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

Die General-Versammlung erkennt an, daß die Reichstags-Kommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs über die Kaufmannsgerichte die Vorlage der verbündeten Regierungen wesentlich verbessert hat, und ersucht den Reichstag, den Entwurf dahin zu erweitern, daß

1. das Obligatorium für die Erziehung allgemein ausgesprochen wird;
2. den Frauen das passive Wahlrecht gewährt wird;
3. die Berufungszahl von 300 auf 500 Mark erhöht wird.

Die Generalversammlung erwartet, daß der Deutsche Reichstag die Vorlage in Kürze verabschiedet und alle Besuche zurückweist, das Zustandekommen des Gesetzes zu verzögern, dessen Schaffung die Handlungsgehilfen seit mehr als einem Jahrzehnt verlangen und für das sich der Reichstag wiederholt einmütig ausgesprochen hat.

Zum Schluß referierte Paul Lange-Leipzig über das Thema: „Kollektiver Arbeitsvertrag für Konsumvereine.“ An diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhaft diskutierte Beschlüsse wurde folgende Resolution:

Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, an Stelle der besonderen Arbeitsverträge zwischen dem einzelnen Arbeitnehmer und dem einzelnen Arbeitgeber kollektive Arbeitsverträge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisation herbeizuführen. Der einzelne Arbeitnehmer kann seine Interessen wahrhaft und dauernd nur in der Weise vertreten, daß er im Bunde mit seinen Berufsgenossen für gleichmäßige allgemeine Besserung der Arbeitsverhältnisse im Beruf sowie für einen möglichst vorteilhaften kollektiven Arbeitsvertrag durch seine Gewerkschaft kämpft.

Wie die Verhältnisse im Handelsgewerbe sich entwickeln, wird es auch für eine immer größere Mehrzahl von Handlungsgehilfen zur Notwendigkeit, durch die gewerkschaftliche Organisation einen kollektiven Arbeitsvertrag herbeizuführen. Es ist als ein Hemmnis für eine derartige gewerkschaftliche Aktion zu beklagen, daß bei den Handlungsgehilfen, auch wo es sich um die Ausübung ganz gleicher oder ähnlicher Funktionen handelt, so vielfach verschiedene Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen, daß das soziale Niveau der Handlungsgehilfen, wenn es auch im allgemeinen durch den Kapitalismus immer weiter herabgedrückt wird, dabei im einzelnen so überaus viele kleinere Unebenheiten zeigt, wodurch dem Gefühle einer Gemeinsamkeit der Interessen unter den Gehilfen Abbruch geschieht.

Die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Genossenschaften, wie sie hinsichtlich der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Angehörigen nicht stehen bleiben sollen bei dem sonst in Privatbetrieben üblichen und durch die Gewerkschafts-Erreichungen, sondern darüber hinaus vorbildliche Verhältnisse schaffen sollen, sind auch vor allem verpflichtet, mit den betreffenden Gewerkschaften hinsichtlich der Gestaltung dieser Verhältnisse zu verhandeln.

Es ist zu hoffen und zu erstreben, daß in baldiger Zukunft ein kollektiver Arbeitsvertrag zwischen genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Organisation auf nationaler Basis abgeschlossen werden kann. Ein solcher Vertragsabschluss ist in der gegenwärtigen Phase der genossenschaftlichen Entwicklung noch nicht durchführbar, weil der Vorstand des erst vor kurzem gegründeten Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht berechtigt ist, irgendwelche Abmachungen zu treffen, die für die dem Verbande angeschlossenen Vereine von bindendem Charakter sind. Hieron abgesehen, ist auch die Schwierigkeit nicht zu verkennen, hinsichtlich der in den Genossenschaften tätigen Handlungsgehilfen in nächster Zeit schon heranzugewonnene Abmachungen auf nationaler Basis festzusetzen in Bezug auf die Salärifizierung und, was die Lebensangelegenheiten anbelangt, auch in Bezug auf die Arbeitszeit wegen der außerordentlichen Verschiedenheit der in dieser Hinsicht im allgemeinen üblichen Verhältnisse. Es müßten jedenfalls erst umfangreiche und sorgfältige statistische Vorarbeiten seitens der Organisation ausgeführt sein, ehe auf Verhandlungen in dieser Hinsicht eingegangen werden könnte.

Dagegen wird der Verbandsvorstand beauftragt, hinsichtlich der auf der vorigen Generalversammlung in Halle formulierten Forderungen für die in den Genossenschaften tätigen Handlungsgehilfen an den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine heranzutreten, um dessen Bestätigung dieser Forderungen zu erreichen.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Von Delegierten aus Südböhmen wurde der Wunsch ausgesprochen, die nächste Generalversammlung in einer südböhmischen Stadt, möglichst in Mähren abzuhalten, und der Verbandstag sodann nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, der zu eifriger Weiterarbeit für die Ausbreitung der Organisation aufforderte, mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 31. Mai.

* **Oberschlesisches Versammlungsrecht.** Wir berichteten vor einiger Zeit über einige Versammlungsverbote, die in Oberschlesien dem Bezirksleiter des Hafenarbeiter-Verbandes, Genossen Mommert in Breslau zu teil wurden. Einmal hatte der Amtsvorsteher zu Ruskwitzka eine Schiffer-

Versammlung verboten, die auf einem Kahn stattfinden sollte. Zweitens hatte der Stadtschreiber zu Cosel O.S. dem eine Schifferversammlung anmeldenden Mommert die Bescheinigung verweigert und zwar mit dem Bedenken, daß M. erst eine Einverständniserklärung der Lokalbesitzerin bringen müsse. Auch auf wiederholtes Drängen hatte der Herr Stadtschreiber die Anmeldebefcheinigung nicht erteilt. Dagegen war inzwischen die Wirtin des Lokals „bearbeitet“ worden, so daß dieselbe ihre Einwilligung zurückzog. Erst dann erhielt Mommert die inzwischen verlos gewordene Versammlungsbescheinigung. Selbstredend erachtete M. diese Art der Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts als nicht besonders glücklich, um es milde auszudrücken, und beschritt den Beschwerdeweg. Auf seine Eingabe vom 2. April erhielt er am 23. Mai (1) vom Landrat in Cosel folgenden Bescheid:

Auf Ihre an den Herrn Regierungspräsidenten zu Oppeln gerichteten und mir zur instanzgemäßen Erledigung übergebenen Beschwerden vom 2. April dieses Jahres gerichte Ihnen zum Bescheide:

Zu Beschwerde 1 gegen den Herrn Amtsvorsteher zu Ruskwitzka (dessen Verfügung vom 19. März).

Die Beschwerde vermag ich als begründet nicht zu erachten. Eine öffentliche Versammlung auf einem Kahn erscheint aus sicherheitspolizeilichen Gründen unzulässig.

Das angegriffene Verbot ist notwendig zu erachten, sowohl im Interesse der Teilnehmer an der Versammlung, als auch im dem Interesse der eventuell beoerzten Polizeibeamten, da bei Eintritt einer plötzlichen Gefahr ein schnelles Entfernen aller gegenwärtigen Personen mit Schwierigkeiten und eventuell Lebensgefahr verbunden erscheint.

Zu Beschwerde 2 gegen den Stadtschreiber zu Cosel.

Die Beschwerde ist begründet. Auch hätte Ihnen nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes (§ 1) die Anmeldebefcheinigung „sofort“ erteilt werden müssen, ohne daß Sie verpflichtet waren, dem Dramen die geforderte Bescheinigung der Wirtin Kroll vorzulegen.

Insofern Ihre Beschwerde vor mir für begründet erachtet worden ist, habe ich diesbezüglich das Erforderliche veranlaßt.

Und frei vor allem, daß der Herr Stadtschreiber eine deutliche Rüge erhält, wenn sie auch etwas sehr, sehr spät kommt. Allerdings haben wir unsere ernstlichen Zweifel, daß sie in der Richtung wirken wird, ähnliche Gesetzesverletzungen zu verhindern. Vielmehr glauben wir, bei nächster Gelegenheit aus Oberschlesien ähnliche Dinge berichten zu müssen! Leider, sei hinzugefügt!

Was das Verbot der Kahnversammlung anbelangt, so lassen wir hier nur eine Mitteilung aus der fromm-christlichen Zeitschrift „Der rechte Kurs“, Organ für die höchsten Interessen des deutschen Seemanns, folgen. Da heißt es über ein schwimmendes „Schifferheim“ also:

Über 180.000 Menschen kommen auf ihren Rädhern jährlich durch Berlin. Früher hatte sich niemand um sie bekümmert. In den letzten Jahren hat man auch an sie gedacht und jetzt wird für sie ein schwimmendes Schifferheim gebaut. Es wird zu diesem Zweck ein 43 Meter langer Lastkahn umgebaut und in ihm ein großer, durch das ganze Schiff gehender Raum geschaffen, der für 150 Personen Platz bietet. Dieser Raum wird neben seiner eigentlichen Bestimmung als Aufenthaltsraum auch zu Versammlungen der Schiffer dienen, in denen belehrende Vorträge gehalten werden. Außerdem soll das „Heim“ als Kinderhort dienen, in dem die Schifferkinder, deren Schulerziehung des ständig wechselnden Aufenthalts wegen keineswegs die beste sein kann, Beschäftigung und Nachhilfe bei den Schularbeiten finden. Ein Erfrischungsraum und eine Kasse, Küche und Garderoberraum sind gleichfalls vorgesehen. Jetzt soll der Kahn im Schleppboot eines Dampfers je nach Bedarf bald hierin belad worden. Der Kahn ist von einem Schiffseigentümer für diesen Zweck gekauft worden und wird auf einer Werft bei Spandau umgebaut. Ende Juli oder Anfang August soll er fertig sein.

Vielleicht sagt der Herr Landrat von Kosel auch, ob er die Andachtsübungen mit 150 Personen auf einem Kahn für weniger gefährdet hält, als die Schifferversammlung auf den Rädhern in Oberschlesien?!

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Bekämpfung der Lungenschwindsucht, des furchtbaren inneren Feindes, wie Potodowsky in seiner vorstehend gedachten Eröffnungsrede der Hauptversammlung des Zentralkomitees zur Erziehung von Heilstätten für Lungenkranke sagte, hat seit Bestehen dieser Institution die Anwendung von 30 Millionen Mark verursacht. Aufgebracht ist diese Summe in der Hauptsache aus öffentlichen, zu einem ansehnlichen Teile aber auch aus Mitteln der Privatwohlthätigkeit. Seit Begründung dieses über ganz Deutschland verarbeiteten Vereins hat die Bekämpfung der Tuberkulose wesentliche Fortschritte gemacht. An in Betrieb befindlichen Volksheilstätten besaß das Deutsche Reich mit Beginn des Jahres 1904 insgesamt 69. Die Anzahl der in diesen Anstalten zur Verfügung stehenden Betten beläuft sich auf zusammen 5800. Außerdem sind in Deutschland noch 25 Privatheilanstalten für Lungenkranke vorhanden, von denen die Mehrzahl gleichfalls auch Wunderrheumatischen und Kranken der Versicherungsanstalten zu möglichem Preise Aufnahme gestattet. Im Bau begriffen sind zur Zeit 9 Heilstätten, projektiert außerdem noch 18 Anstalten. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß der nach wissenschaftlichen Grundsätzen geführte Kampf gegen die Tuberkulose sichtbare Erfolge aufzuweisen hat. Für die Jahre 1892 bis 1900 waren zehn deutsche Staaten an der Statistik über die Tuberkulose beteiligt. Nach dieser Statistik starben in jenen zehn Bundesstaaten in den vier Jahren 1897-1900 trotz der Zunahme der Bevölkerung im Durchschnitt jährlich 7566 Personen weniger an Tuberkulose als durchschnittlich in jedem Jahre des Zeitraumes von 1892-1895. Für die Jahre 1901 und 1902 steht eine gleiche Statistik aus 20 Bundesstaaten zur Verfügung. Danach betrug der Rückgang der tuberkulösen Sterblichkeit von 1900 bis 1901 4,40 Prozent, von 1901 bis 1902 1,04 Prozent. Bei den Verhandlungen wurde eine Reihe von unmittelbaren und mittelbaren Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Volksseuche empfohlen und als höchstnützlich akzeptiert. Dieselben beziehen sich auf zweckdienliche Behandlung in Heilstätten und Krankenhäusern und die rechtzeitige Ermittlung Lungenkranke durch Erziehung von Hüftforsorgern, wie sie sich in Köln so gut bewährt haben, desgleichen auf die Unterhaltung und Behandlung nichtverschleierter Personen. Die mittelbare zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht dienenden Maßregeln sollen bestehen 1. in einer zeitgemäßen Bodenpolitik (Aufstellung von Bewässerungsplänen, die den Bau kleiner Wohnungen begünstigen), 2. im Bau von Arbeiterwohnungen für die Gemeindepächter, 3. in der Unterbringung der gemeindegewinnlichen Bauwerkstätten: a) durch Vergabe von Gelände zu möglichem Kaufpreise, b) durch Beschaffung der Straßenbaukosten, c) durch Belohnung der Hausgrundstücke oder durch Uebernahme von Zinsgarantie für Darlehen der Versicherungsanstalten. Weder bei Erziehung der nützlichsten wie der unmittelbaren Maßnahmen gedachte aber dieser Komplex der direkt wirkenden Mittel, die von der Organi-

isation der Arbeiter zwar immer gefordert, den herrschenden Klassen jedoch stets nur mit den schwersten Waffen und nach zähestem Widerstande abgerungen werden können: Auskömmlicher Lohn, kurze Arbeitszeit, lichte, luftige und reizliche Arbeitsräume!

Aus aller Welt.

Von dem folgenschweren Hauseinsturz zu Sillegny in Lothringen, bei dem, wie schon kurz berichtet, mehrere Kinder ihr Leben einbüßten, wird dem „Sonn. Cour.“ geschrieben: Eine Beerdigung auf Staatskosten wurde den unglücklichen Opfern eines bodenlosen Reichstums gewährt, den man im Deutschen Reiche kaum für möglich gehalten hätte, umal auf Seiten der öffentlichen Verwaltungsbehörden, die die Landespolizei zu handhaben verpflichtet sind. Da steht in einem kleinen Dorfe — Sillegny — 15 Kilometer südlich Metz, an der französischen Grenze, ein altes Haus, in dem die Eigentümerin, eine 85-jährige Witwe wohnt. Sie sowohl als ihr Sohn, der Farmer im benachbarten Dorf, waren auf den lebensgefährlichen Zustand des Hauses aufmerksam gemacht. Schon vor 35 Jahren befaßte ein benachbarter Schlossherr seinem Ratscher, nicht mehr an dem Hause schnell vorüberzufahren, in der Befürchtung, die alte Barade könnte bei der Erschütterung der Straße den Passierenden auf den Kopf fallen. Der Wegemeister hatte in letzter Zeit den Herrn Bürgermeister der Dorschaft auf den sieben Meter hohen Giebel, der an die Straße stieß, aufmerksam gemacht, der sich in gefährlicher Weise übergeleitet hatte. Alles war umsonst. Die unheimliche Menschenfalle blieb unangerührt. Am Sonnabend vor Pfingsten nun gehen sieben kleine Mädchen aus der benachbarten gelegenen Schule nach Hause. Die katholische Schulschwester warnt die Kleinen, nur ja nicht so nahe an dem Hause vorbei zu gehen. Leider umsonst. Gerade als die vorderste die Straße glücklich passiert hat, stürzt der Giebel ein und begräbt die sechs Mädchen unter den Trümmern. Das Dorf wird alarmiert, und man sieht alle sechs als Leichen hervor. Drei von ihnen waren so zerschmettert, daß die trostlosen Eltern sie nur noch an den Leibern wieder erkennen konnten. Die Kleinen Leichen bildeten formlose Fleischmassen. Man kann sich die Aufregung im Dorfe denken. Der Bürgermeister ordnete nun ein gemeinsames Leichenbegängnis an, weitgeleitete Kommunitäten trugen die Särge, und ein Klosterbruder hielt die Predigt nach dem Text: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt!“ Jetzt nahm sich auch der Kreisdeputierter Graf Billers-Grignoncourt und Bezirkspräsident Graf Joppelin-Ashausen der Sache an, lombolierten den unglücklichen Eltern und ordneten an, daß die Begräbniskosten zur Hälfte vom Staat und zur Hälfte von der Gemeinde übernommen werden. Daß die Verantwortlichkeit für

den „Fall“ noch nähere Untersuchung erfährt, darf man in einem Kulturstaat wohl als selbstverständlich voraussetzen. Bezeichnend ist, daß die alte Frau auch nach dem Hebelsturz, als das Dach wie durch ein Wunder nur noch hängen blieb, nur mit sanfter Gewalt aus dem Hause entzerrt werden konnte.

Wahrscheinlich Drama „Jahns Reich“ hat in Dessau auf einen Theaterbesucher einen gewaltigen Eindruck gemacht, der sich allerdings etwas sehr eigenartig äußerte. Unser Dessauer Partikelblatt schreibt darüber:

Wie mächtig aber Stille und Spiel wirkten, dafür ist ein Beweis erbracht worden, wie er offener nicht hervorbringen konnte. Als nämlich zum Schluß Bachmeister Volkhardt von seiner Tochter die entsetzliche Behauptung anhörte, daß sie sich dem Leutnant von Lauffen an den Hals geworfen (eine Behauptung, die sie aufstellte, um ihren Geliebten zu retten) und dadurch der schon vor Schmerz ganz betäubte Vater völlig zum Rasen gebracht wird, so daß er seine Tochter mit dem Schrei „Leutnant! ...“ niederstößt, da fing ein Mann oben auf der Galerie ein furchtbares Angstschrei an. „Tu's nit, tu's nit!“ rief er gleichgültig dem Bachmeister zu. Das ganze Theater geriet in Bewegung über das furchtbare Angstgeschrei des Mannes, der durch das Stille so gepackt worden war, daß ihm die Illusion zur Wirklichkeit ward. Der größte Schreck aber erzeugte das Geschrei auf der Bühne, denn dort entstand das Gefühl, es möchte vielleicht durch Versehen der Kassen scharf geladen gewesen und dadurch ein Unglück angebahnt worden sein, eine Annahme, die ja nur einen Moment bestehen konnte, da das Geschrei schon vor dem Schuß eingeleitet hatte.

Ein entsetzlicher Tod. In der Woche ertrank ein neulich in Dablow der 22-jährige Ruderer Max Friedemann aus Leipzig, der kürzlich seinen Militärpflicht bei der Marine genügt hatte. Die Abgangshöhe des Ruderbootes sowie der Stellungen der Ruderer werden in einem Loch hinter dem Gutsbock abgeleitet. Dort stürzten sich gestern mehrere junge Leute, darunter Friedemann, aus Brettern ein Floß. Friedemann befing es und ruderete in den Teich hinaus, um allerlei Kunststücke vorzuführen. Plötzlich durch das Floß, und der Ruderer verlor in den trübren Wassern, die hier etwa 4 Meter tief sind. Sofort sprang der 18-jährige Sohn des Rudermeisters nachgillig in den Teich, um F. zu retten. Es gelang ihm auch, ihn zu ergreifen und mit ihm ein paar Schwimmstöcke dem Ufer zu zu machen. Jedoch die Kraft, das Rettungswort völlig zu beenden, machte die Mühe, um nicht selbst zu ertrinken, den ihm unklammernden Ruderer loslassen. Dieser sank in die Tiefe und ertrank, während nachgillig ihn mit Mühe an das Land rettete. Das Furchterliche des Gemeindevorstandes Bachholz auf Berlin bei Projante nach plöglich, ohne daß man die Todesursache ermitteln konnte. Bei der Leichenbesichtigung heraus, daß in dem Magen des Kindes sich ein großes Stück weiße Saure befand,

